Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 160 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 120 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 153. Montag, den 4. Juli 1921. 28. Jahrgang.

Friede mit Amerika.

Washington, 1. Juli.

Der Senat hat die Kompromißresolution Porter-Knox, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Oesterreich beendet, mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Damit hat der Kongreß die Kompromiß-Resolution endgültig verabschiedet. Sie ist sogleich dem Präsidenten zur Unterzeichnung zugegangen.

Neuyork, 2. Juli.

Präsident Harding beginnt sofort nach Annahme der Friedensresolution die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, wodurch die Schädigung deutscher Industrien durch die neue Zollbill gemildert werden dürfte, da der Präsident dafür weitreichende Befugnisse erhält. Der Farbstoffparagraph sieht lediglich die Fortsetzung der kriegsmäßigen Kontrolle vor.

Washington, 2. Juli.

Der Abstimmung im Senat ging eine lebhafte Debatte voraus. Brandegee (Republikaner) drückte die Meinung aus, daß die Verabschiedung der Resolution die

Zurücknahme der amerikanischen Truppen aus Deutschland

zur Folge haben werde. Mc. Kellar (Demokrat) erbat Auskunft, ob es nicht die Absicht der Republikaner sei, auf die Resolution den Friedensvertrag mit Deutschland folgen zu lassen, worauf Brandegee erwiderte, daß diese Absicht nicht bestehe; der Handelsvertrag und die Annahme der Resolution würden den Frieden mit sich bringen.

Harding an die Presse.

London, 2. Juli.

Präsident Harding hat dem Präsidenten der United Preß of America, Hawkins, eine Telegramm gesandt, worin es heißt: Es ist die Aufgabe der Presse der Welt, als Sprachrohr der Zivilisation für einen steten Fortschritt der Menschheit einzutreten. **Jeder dauernde Friede müsse gerecht sein,** so daß die Völker nicht nur imstande sind, am Leben zu bleiben, sondern auch ihre **rechtmäßige Stellung** einzunehmen. Die Presse kann helfen, die Nationen von den schweren Lasten der **Rüstungen** zu befreien und für eine Verständigung zu arbeiten, die eine wirksame Garantie für den Frieden bietet.

Und mit diesen Anschauungen sollte Harding die Versailler Bestimmungen auch durch Amerika annehmen lassen wollen?

Unterzeichnet!

TU. Paris, 3. Juli.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, hat Präsident Harding die Friedensresolution mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich gestern unterzeichnet.

TU. Neuyork, 3. Juli.

Man erwartet, daß heute Präsident Harding den Frieden mit Deutschland proklamieren wird.

Hilfe für Oberschlesien.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Juli.

Der Reichspräsident hat zum heutigen Hilfstag für Oberschlesien folgenden Aufruf erlassen:

Der dritte polnische Aufstand hat während zweier Monate unendliches Leid und unsagbares Elend über Oberschlesien gebracht. Tausende unserer deutschen Brüder und Schwestern mußten, um den Bedrohungen und Mißhandlungen der aufrührerischen Banden zu entgehen, Haus und Hof in Stich zu lassen; die meisten konnten auf der Flucht nur das nackte Leben retten; Zehntausende deutscher Oberschlesier haben ihre Beschäftigung verloren. Ueberaus groß ist auch die Zahl derer, die unter Plünderungen und Raub zu leiden hatten.

Wir gedenken in tiefer Ehrfurcht der Toten, die Opfer dieses Aufruhrs wurden und der tapferen Männer des Heimatschutzes, die ihr Leben in der Verteidigung für die geliebte Heimat lassen mußten.

Das deutsche Volk ist einig in der Hoffnung, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht würden und daß die treue Hingabe und die Geduld, mit der Oberschlesien sein schweres Schicksal trägt, in dem schließlichen Triumph des deutschen Rechts ihren Lohn finden. Die Oberschlesier haben durch ihre Abstimmung mit überwältigender Mehrheit den Willen kundgegeben, mit uns vereint zu bleiben. Die Abstimmung des 21. März war ein Treuebekenntnis zum Deutschtum, wie es schöner nicht erwartet werden konnte. Nun heißt es für uns: Treue um Treue! Jetzt ist es an uns, unseren oberschlesischen Brüdern zu danken für ihre Standhaftigkeit und ihr ausdrucksvolles Bekenntnis zum Deutschen Reiche.

Die Regierung kann diese ihre Dankespflicht nicht besser erfüllen, als wenn sie sich dem Hilfswerk, zu dem heute ganz Deutschland aufgerufen wird, von ganzem Herzen anschließt.

Sie wendet sich daher an das deutsche Volk, an alle, ohne Unterschied des Standes, des Glaubens und der Partei, und fordert auf, mitzuhelfen, die Wunden zu heilen und die Not zu lindern, die der Aufstand dem Abstimmungsgebiet brachte. Möge der Tag nicht mehr fern sein, an dem die Regierung, unbehindert durch fremde Einsprüche, sich ganz dem Werk des wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues des alten deutschen Landes widmen kann: zum Wohle Oberschlesiens, zum Gedeihen unseres gemeinsamen Vaterlandes und zum Segen des Weltfriedens!

Berlin, 3. Juli 1921.

Der Reichspräsident	**Der Reichskanzler**
Ebert.	**Dr. Wirth.**

*

Auch Deutschösterreich hat sich entschlossen, einen allgemeinen Oberschlesier-Hilfstag zu veranstalten. In einigen deutschösterreichischen Landesteilen wird dieser gleichfalls am 3., in anderen am 17. Juli vor sich gehen.

Aus Innsbruck ist folgendes Telegramm bei der Hauptgeschäftsstelle des Oberschlesier-Hilfswerks eingegangen:

„Die Bundesgruppe Germania des Bundes der Reichsdeutschen in Tirol wünscht besten Erfolg zum Oberschlesier-Hilfstag am 3. Juli. Tirol verspricht am 17. Juli seine Pflicht für die Not in Oberschlesien zu tun."

Wie wir ferner hören, beabsichtigen die deutschen Kolonien in der ganzen Welt, das Oberschlesier-Hilfswerk aufs wärmste zu unterstützen und aus Anlaß des Oberschlesier-Hilfstages eine besondere Sammlung einzuleiten.

Oberschlesiertag in Berlin.

Berlin, 4. Juli.

Der Oberschlesiertag in Berlin gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung für das deutsche Oberschlesien. Bei der Abschlußfeier in der Philharmonie, die von Tausenden besucht war — auch der Reichspräsident war erschienen —, sprach Reichskanzler Wirth. Nachdem er den hartbedrängten Oberschlesiern versichert hatte, daß man ihre Not und ihre Leiden bis ins letzte Dorf kenne und würdige, wies er darauf hin, daß Deutschland eine schwere Leidenszeit hinter sich habe. Unendliche Werte seien verloren gegangen. Gerettet seien nur die Volkseinheit und die Einheit des deutschen Wirtschaftslebens. Zu den kaum geschlossenen Wunden, die Deutschland in bitterster Not geschlagen worden seien, seien zwei neue, frisch blutende hinzugekommen. Die eine blutet drüben am Rhein, wo trotz der Annahme des Ultimatums fortgefahren werde mit Erpressungen und Pressionen. Die Aufrechterhaltung der erpresserischen Sanktionen müsse gezeichnet werden als die größte europäische Torheit seit Jahrhunderten. Die zweite große Wunde blutet drunten in Oberschlesien. Sie sei die schwerste und tiefste, die Deutschlands Leben sieben Jahre der Demütigung und enttäuschter Hoffnungen geschlagen worden sei. Die Frage, was aus Oberschlesien werde, könne auch er nicht beantworten. Aber eines müsse festgehalten werden: Oberschlesien dürfe nicht ein Handelsobjekt der geheimen Diplomatie werden. Die oberschlesische Frage sei eine europäische Frage, an der in gewissem Sinne die ganze Welt interessiert sei. Nicht alles, was über die Selbstbestimmung der Völker gesagt worden sei, könne Schall und Rauch sein. Diese Auffassung berechtige uns zu der Hoffnung, daß auch in Oberschlesien nach dem Willen des Volkes entschieden werde. Mehr als materielle Interessen ständen in diesem deutschen Lande auf dem Spiel. Was Oberschlesien mit Deutschland und Deutschland mit Oberschlesien verbindet, daß sei die Heimatliebe, die einzig dastehende Liebe zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur. Der Kanzler schloß mit der Mahnung, auszuharren, so schwer es auch falle, bis zu dem Augenblick, wo Freiheit und Vaterland ihren alten guten Klang wieder haben.

Bei der Kundgebung im Stadion sprach Vizekanzler Bauer. Er erinnerte im einzelnen an den Gewinn, den uns nach der Verstümmelung durch den Versailler Vertrag die Volksabstimmung in den Grenzmarken brachte: die ungebrochene Schwungkraft des nationalen Gedankens. Er wies darauf hin, daß nun schon seit mehr als drei Monaten statt der Rückgabe an das Deutschtum neue Not und Verwüstungen über das Land hereingebrochen sind. Den Regierungen des Reiches und Preußens seien die Hände gebunden durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Unbenommen aber bleibe es der freien Liebestätigkeit des Volkes, Hilfe zu leisten.

Proletarische Einigung.

Die Idee der Einigung der Arbeiterparteien hat im letzten Jahre unzweifelhaft große Fortschritte gemacht. Der Ton, in dem darüber bei den Unabhängigen gesprochen wird, ist ein ganz anderer geworden, wie früher. Wir entsinnen uns noch sehr lebhaft der Zeit, in der die Rosenfeld und Zietz stundenlang gegen die Mehrheitssozialisten tobten und dabei Worte und Gedankengänge benutzten, deren sich heute verständige Kommunisten schämen.

Die Frage der Wiedervereinigung wird in den Reihen der Unabhängigen jetzt ruhig und sachgemäß erörtert. Schon auf dem jüngsten Bezirkstag für Berlin hat Dr. Breitscheidt bemerkenswerte Ausführungen gemacht, die nicht anders zu deuten waren, als daß eine gewisse Verhandlungsbereitschaft bestehe. In der Donnerstag-Abendnummer der „Freiheit" nimmt der Abgeordnete Josef Ernst (Hagen) das Thema auf.

Ernst stellt zunächst fest, daß die V. K. P. D. schmählich gescheitert ist und heute bei der Masse des arbeitenden Volkes bewußt abgelehnt wird. Die Kommunisten würden in Zukunft kaum noch eine Partei, höchstens eine Sekte darstellen. Nach dem Putsch in Mitteldeutschland, den Demonstrationen für Hölz und dem systematischen Anstürmen unorganisierter Arbeitsloser auf das Berliner Gewerkschaftshaus unter Führung von Kommunisten ist das allerdings sehr wahrscheinlich. Aber je kleiner die kommunistische Sekte wird, desto fanatischer wird sie werden, desto mehr ihre einzige Lebensaufgabe in der Bekämpfung der Unabhängigen und Sozialdemokraten im Auge haben. Da glaubt nun Ernst, einen Wandel bei der Sozialdemokratie feststellen zu können. **Die Koalitionspolitik habe enttäuscht, weil ein demokratisches Bürgertum überhaupt nicht vorhanden sei.** Die Sozialdemokratie wird also mit der Deutschen Volkspartei zusammen gehen müssen und dann rasch als Massenpartei zugrunde gehen, oder sie werde im Reiche und in Preußen in dauernde Opposition und damit an die Seite der Unabhängigen Sozialdemokratie gedrängt.

Es ist vollkommen richtig, daß die Demokraten aufgehört haben, Demokraten zu sein. Die Deutschdemokratische Partei hat ihre Existenzberechtigung verloren, sie hat sich selbst aufgegeben und mag untergehen. Auch trifft es ganz allgemein zu, daß das Bürgertum sehr reaktionär geworden ist. Im ersten Schrecken der Revolution hat es seine alten Spießbürgereien abgeschworen und sich ernsthaft um eine Verständigung mit den Arbeitern bemüht. Diese Zeit ist heute vorbei, und wer für Arbeiterinteressen spricht, redet ebensogut zu Steinen wie zu bürgerlichen Parlamentariern.

Trotzdem wird, ehe von einer Vereinigung der Arbeiterparteien die Rede sein kann, die U. S. P. sehr viel ihrer früheren Irrtümer berichtigen müssen. Die unabhängigen Sozialdemokraten glaubten nach der Revolution, daß es möglich sein würde, die Bewegung in Deutschland so vorwärts zu treiben, daß die Arbeiterschaft allein herrschen würde. Dieser Glaube, schon aus außenpolitischen Rücksichten unsinnig, kann heute nicht mehr ernsthaft aufrecht erhalten werden. Die taktischen Fehler, welche die Unabhängigen begangen haben, verleitet durch diesen Irrwahn, haben sogar die Bourgeoisie sehr rasch wieder sehr stark und mächtig gemacht. Heute ist die Arbeiterbewegung in die Verteidigung gedrängt und muß mühsam das im Sturm Eroberte zu behaupten suchen. Da kann von Räte-Republik und ähnlichen Phantasien, ganz abgesehen von ihrer prinzipiellen Fehlerhaftigkeit, rein praktisch keine Rede mehr sein.

Politisch handelt es sich gegenwärtig lediglich um die Verteidigung des Friedens und die Sicherstellung einer friedlichen Entwicklung; um die Verteidigung der Freiheit und der demokratischen Republik; um die gerechte Verteilung der furchtbaren Lasten, die infolge des verlorenen Krieges auf Deutschland ruhen. Wie man diesen Zielen am besten dient, ob außerhalb oder innerhalb der Regierung, die naturgemäß nur eine Koalitionsregierung sein kann, das muß von Fall zu Fall gewissenhaft erwogen und beurteilt werden.

Auch die Unabhängigen sind sich nicht unklar darüber, daß das Kabinett Wirth besser ist als etwa ein Kabinett Stresemann gewesen wäre, und daß die Regierung Braun-Severing den Vorzug vor dem Klebeministerium verdiente, an dessen Spitze Herr Stegerwald festgeleimt ist. Daß es in Preußen nicht gelang, die alte Koalition wieder aufzurichten, ist von einsichtigen Unabhängigen ebenso bedauert worden, wie von allen Mehrheitssozialisten. Die Unabhängigen wären auch bereit gewesen, ein neues Kabinett Otto Braun in Preußen noch etwas freundlicher zu „dulden", als sie das Kabinett Wirth im Reiche dulden. Es muß deshalb bei einer Wiedervereinigung die taktische Beweglichkeit der Partei gewahrt und die unbedingte Ablehnung jeder Koalitionsregierung fallen gelassen werden. Der starke Einschlag Unabhängiger in der Partei würde schon von selbst dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie sich nicht unnütz zum Deckmantel einer reaktionären Politik hergibt.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik sind die unabhängigen Illusionen über eine unmittelbar wirkende Hilfe der Internationale und Gerechtigkeitsliebe im kapitalistischen Ausland arg gescheitert. Die Unabhängigen haben sich deshalb dazu bekehrt, in Oberschlesien und im besetzten Gebiet, in der Frage der Sanktionen und Reparationen das

deutsche Interesse gemeinsam mit den anderen Parteien wahrzunehmen. Hier wird das Zusammengehen auch in Zukunft schwerlich Schwierigkeiten bereiten.

Gerade der Zusammenschluß der Arbeiterparteien in Deutschland würde auch rasch zu einer einheitlichen Internationale zurückführen — natürlich unter Außerachtlassung der Moskauer — und damit die Lage des besiegten Deutschland allmählich günstiger gestalten. Innerpolitisch würde der Zusammenschluß die Einheit der Gewerkschaften sichern und der politischen Arbeiterbewegung neue Stoßkraft verleihen, die sich sehr bald bei den Wahlen und bei der Gesetzgebung auswirken würde. Notwendig wäre nur das Eine, daß die Sozialdemokratie eine unzweifelhafte deutsche Partei wäre — unbeschadet der internationalen Gesinnung — und daß sie klar als Partei der Ordnung und Gesetzlichkeit hervortritt. Sonst könnte der Zusammenschluß die Sozialdemokratie mehr Anhänger kosten, als die Unabhängigen haben. Werden aber diese Voraussetzungen erfüllt, dann braucht man bei den einzelnen Bedingungen des Zusammengehens nicht kleinlich zu sein, weil der Nutzen der Wiedervereinigung ungeheuer wäre und das tiefste Sehnen in der Arbeiterklasse erfüllte. Für die Sozialdemokratie gilt noch immer das Erfurter Programm, das es ihr zur Aufgabe macht, den Kampf der Arbeiter um politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu einem bewußten und einheitlichen zu machen.

Deutscher Reichstag.

Sonnabend, 2. Juli, 11 Uhr vormittags.

Das Gesetz über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt das Gesetz zur Sicherung von gewerblichem Schutz deutscher Reichsangehöriger im Ausland. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Dann folgt das Gesetz über die **Einkommensteuer vom Arbeitslohn.** Die Vorlage wird darauf ohne weitere Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. (Auch die Kommunisten stimmen dafür. — Heiterkeit.)

Das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen Imbusch (Z.) und Rosemann (USP.) über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis.

Imbusch (Z.) begründet die Interpellation und gibt zunächst eine Schilderung über den Verlauf der Katastrophe. Alle Unglücksfälle lassen sich im Bergbau nicht vermeiden, aber solche Massenunfälle müssen verhindert werden. Was besagt die Behauptung, es liege Schuld der Arbeiter vor? Wir wissen ja, wieviel nicht genügend erfahrene Arbeiter jetzt in die Gruben geschickt werden. **Feststeht, daß im Falle Mont Cenis eine Kohlenstaubexplosion vorliegt.** Der allgemeine Zustand des Reviers war gut. Das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsausschuß scheint auch gut gewesen zu sein, aber die Grube hat auch ihre Tücke. Bedenklich stimmt, daß seit März keine Wetter mehr festgestellt sein soll. (Der Redner verliest darauf das vorläufige Ergebnis der Untersuchungen des parlamentarischen Ausschusses.) Die Aufnahme des Reviers, auf dem die Explosion erfolgte, ist noch nicht zu Ende. Die Bergpolizei konnte daher einen genauen Bericht noch nicht erstatten. Es ist möglich, daß bei den Aufräumungsarbeiten noch weiteres Material zutage tritt. Die Kohlenstaubexplosion ist durch einen Schuß eingeleitet worden. Zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle muß vor allem eine gut praktische und theoretische Ausbildung der Bergleute gefördert werden. Nur völlig ausgediente Bergleute dürfen an gefährlichen Stellen sein. Die Betriebsleitung hat vielleicht doch nicht alles getan, was sie hätte tun müssen. Unter den Betriebsräten sind sehr tüchtige Leute, doch kann eine bessere technische Vorbildung derselben nur zu wünschen sein. Eine größere Vorbildung der gesamten Bergmannschaft ist unbedingt erforderlich.

Pieper (USP.): Wohl haben die Sicherheitsmänner alles getan, was in ihren Kräften stand, um Unfälle zu verhüten. Der Umfang der Katastrophe auf Mont Cenis wäre nicht so groß, wenn alles in Ordnung gewesen wäre. Jetzt versucht man von verschiedenen Seiten, die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen. Gegen derartige Anschuldigungen protestieren wir energisch. Die größte Schuld an den Grubenunglücken liegt in dem kapitalistischen Ausbeutungssystem. Akkordarbeit ist Mordarbeit! Die Arbeiter im Bergbau erreichen nur ein Durchschnittsalter von kaum 42 Jahren. Den Betriebsräten muß unbedingt eine Exekutivgewalt eingeräumt werden. (Beifall bei den USP.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die technische und bergbauliche Prüfung des Unglücks ist Sache der preußischen Bergverwaltung. Ihr Vertreter wird Ihnen die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung darlegen. Es ist Tatsache, daß unter den neuen Leuten, die man in die Grube brachte, auch solche waren, die der nötigen Vorbildung entbehrten. Die absolut unausgebildeten Arbeitskräfte sind inzwischen ausgeschieden worden. An der Ausbildung der übrigen wird andauernd gearbeitet. Die freiwillige Selbstdisziplin kann im Bergbau naturgemäß weniger als anderswo entbehrt werden. Sie läßt heute noch viel zu wünschen übrig. Insbesondere tritt ein gewisser Leichtsinn auch den nötigen Sicherheitsmaßnahmen gegenüber zutage. Eine Erhöhung der Unglücksziffern ist daher leider noch nicht zu vermeiden. Man ist dabei, Fortbildungsschulen für angehende Bergleute von 15 bis 17 Jahren einzurichten. Gleichzeitig wäre aber eine praktische Arbeit unter Tage erforderlich. Das ist aber erst nach beendetem 16. Lebensjahre möglich. Nachgeprüft werden muß, ob die Betriebsratsmitglieder ihrer Pflicht nachgekommen sind und ob die gesetzlichen Bestimmungen ihnen hinreichende Befugnis geben. Die von dem Unglück betroffene Grube ist noch zwei Tage vor der Katastrophe von Betriebsratsmitgliedern befahren worden, ohne daß ein Anzeichen von Gefahr festgestellt wurde. Die Reichsregierung wünscht die tatkräftige Mitarbeit der Betriebsräte bei der Untersuchung. Sie ist der Ueberzeugung, daß die Betriebsräte bei richtiger Anwendung des Gesetzes sehr wohl auf dem Boden des Geltungsrechtes zum besten des Bergbaues mitwirken können. Eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes erscheint uns nicht erforderlich zu sein.

Preußischer Kommissar Bergrat Hatzfeld gibt eine ausführliche Darlegung der Betriebsverhältnisse auf der Zeche Mont Cenis. Ueber die Ursache und die Art der Explosion ist ein zufriedenstellender Schluß noch nicht möglich. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, um weiteren Unfällen vorzubeugen: **Verbesserung des Sprengstoffes und Verbesserung der Lampe.** Die Ueberbergbeamten und die Bergrevierbeamten sind nachdrücklichst angewiesen worden, mit den Betriebsräten zur Erörterung der Unfallverhütung regelmäßig zusammenzukommen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat im Preußischen Landtag bereits der Einrichtung einer großen Sicherheitskommission zugestimmt.

Das Haus tritt in die Besprechung ein.

Koch-Düsseldorf (DVP.): Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat seinen Zweck verfehlt. Solche parlamentarischen Ausschüsse können gar nichts leisten. Das können nur Sachverständige. Wir warten die Untersuchung seitens der Bergbehörde ab, und wenden uns dagegen, daß aus dem Unglück politisches Kapital geschlagen wird.

Winnefeld (DVP.): Auf Ihrer Seite ist gar nicht der gute Wille vorhanden, die Arbeiter restlos aufzuklären. Der Betriebsrat der Zeche, der kommunistisch ist, hat wiederholt erklärt, daß alles in Ordnung gewesen sei. Die Bergbauvorschriften können beim besten Willen nicht immer innegehalten werden.

Jansche k (SD.): Im letzten halben Jahre hat der Tod eine erschreckend reiche Ernte unter den Bergleuten gehalten. Die Schuld trifft nicht nur die Arbeitgeber, aber man darf auch nicht sagen, sie trifft nur die Arbeiter. Wie können sich aber sogenannte Arbeitervertreter hinstellen und behaupten, daß Untersuchungsausschüsse überflüssig sind? Die Hauptschuld liegt an dem Treibersystem, das keine Rücksicht auf die Gefahren nimmt. Solche Massenunfälle, wie die der letzten Zeit wären unmöglich, wenn die bestehenden Vorschriften erfüllt werden. Was nützen aber die Vorschriften, wenn sie nur auf dem Papier stehen? Soweit die Untersuchungen bis jetzt gediehen sind, wurden viele Fehler im Betriebe entdeckt. Natürlich wurde von der Bergverwaltung versucht, diese Fehler raschest zu verdecken. Seit dem 1. Oktober 1919 waren, wie ein Führer aussagte, 34 Wetter festgestellt, zum Teil sogar explosive, ohne daß sich im Wetterbuch darüber eine Eintragung fand. (Lebhaftes Hört, hört! Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Wo bleibt der Betriebsrat?) Ich bin Anhänger der Betriebsräte, aber die Betriebsräte können nicht wirken, wie sie wollen und müßten. Ihres Verdienst ist es, die Bergleute auf die großen Gefahren ihres Berufes aufmerksam gemacht zu haben. Wir brauchen einen ständigen Untersuchungsausschuß, der das Recht hat, eine sofortige Kontrolle vorzunehmen. Zur jetzigen Behörde haben wir nicht das geringste Vertrauen. Ueber allen Parteiinteressen müssen wir gemeinsam dafür sorgen, daß die Möglichkeit weiterer schwerer Unglücksfälle beseitigt wird. Helfen Sie alle, sonst laden Sie eine schwere Mitschuld auf sich. (Beifall links.)

Ziegler (DDP.): Wir müssen uns einer endgültigen Stellungnahme vor Abschluß der Untersuchung enthalten. Die Abnahme der Sicherheit im Bergbau ist eine naturgemäße Folge des Krieges. Die Betriebsräte sollten nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nur nach ihrer fachmännischen Erfahrung gewählt werden. Das Bild, das der leere Reichstag bei dieser wichtigen Beratung bietet, ist nicht erhebend.

Bratz (Komm.): Nur der harte Zwang, bei den niedrigen Löhnen eine genügende Menge Kohlen zu fördern, läßt die Bergleute nicht immer alle Sicherheitsmaßnahmen beachten. Diesem Ausbeutungssystem, das die Hauptschuld an den Unglücksfällen trägt, muß die Axt an die Wurzel gelegt werden. Wenn der Betriebsrat, wie hier ausgeführt wurde, seine Pflicht nicht getan haben sollte, dann werden wir ihn gerade deshalb zur Verantwortung ziehen, weil er kommunistisch ist. Von seiten der Verwaltung wird dem Betriebsrate auf Schritt und Tritt das Recht streitig gemacht. Wir verlangen eine Herabsetzung der Arbeitsschichten auf 6 Stunden und eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes. Wir erwarten, daß uns die Rechtssozialisten und Unabhängigen bei unsern Forderungen unterstützen werden.

Oberberghauptmann Althaus: Die Zahl der Todesfälle im Bergbau ist heute wieder geringer als vor dem Kriege, obwohl die Zahl der Bergarbeiter viel größer geworden ist. In der Unglücksstelle kam auf je 10 Arbeiter 1 Schießmeister. (Unruhe links. Zuruf: Die Schießmeister mußten ja mit fördern! Er hat ja keine Ahnung!) Die Bergpolizeibehörde kann sich nur von dem Gesamtzustand der Grube überzeugen. Zu viel Kontrolle tötet das Verantwortlichkeitsgefühl.

Schwarzer (Bayer. VP.): Wir verlangen von der Regierung, daß zur Vermeidung solcher Unfälle energische Maßnahmen ergriffen werden.

Jäcker (SD.): Bei den Betriebsräten kommt es auf sorgfältige Ausbildung an.

Rosemann (USP.): Im Ruhrgebiet gibt es kaum zwei Schießmeister, die außer dem Schießamt nicht auch noch Förderarbeiten ausführen müssen. (Redner beweist durch Tatsachenmaterial, daß entgegen der Behauptung der Rechten, die Bergbehörde nicht alles getan habe, um das Unglück zu verhüten.)

Damit ist die Interpellation erledigt. — Nach Annahme einiger kleiner Vorlagen spricht zum

Etat des Reichsernährungsministeriums

Herz (USP.) gegen den Posten für die Maisverbilligung. Die Maisverbilligung hat ihren Zweck, die Ablieferung des Brotgetreides zu regeln, vollständig verfehlt. Hätte man das Brotgetreide im Auslande eingekauft, so hätte die Tonne 4000 Mark gekostet. Durch diese Liebesgabe an die Agrarier ist uns die Tonne auf 24 000 Mark zu stehen gekommen. Das ist ein Panamaskandal schlimmster Art.

Doberich (DVP.): Der Abgeordnete Herz hat keine Ahnung von dem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhang.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Die Maisverbilligung diente nicht nur der Verbilligung des Brotgetreides, sondern auch dem Aufbau der Schweinezucht und hat dem Reiche viel Geld erspart. Herr Dr. Herz hat nur die Getreideablieferungen an die Reichsgetreidestelle berücksichtigt, aber nicht die Ablieferungen an die selbstbewirtschafteten Kommunalverbände. Dadurch wird seine ganze Berechnung falsch. In Wirklichkeit sind 2,4 Millionen erspart worden. Ich weise die Bezeichnung „Panamaskandal" energisch zurück. Was wir mit der Aktion bezwecken wollten, haben wir erreicht.

Schmidt-Köpernick (SD.): Das Liefersoll ist viel zu niedrig für die Landwirte eingesetzt. Die Landwirte haben durch den Bezug des verbilligten Mais ein sehr gutes Geschäft gemacht. Die Großgrundbesitzer verstanden es, sich Mais zu verschaffen, während die kleinen Landwirte leer ausgingen. Wir müssen verlangen, daß die Sache gleich gehandhabt wird. (Redner weist an Beispielen nach, daß das Liefersoll durch Großgrundbesitzer um das Dreifache überschritten wurde.) So haben im Kreise Saazig 21 Gutshöfe durch unberechtigten Bezug von Mais und Weiterverkauf desselben an die Brennereien einen guten Gewinn erzielt. Unter diesen befindet sich auch der Landrat von Herzberg-Lottin. Wir bewilligen diesen Posten deshalb nicht, weil er einer Gesundung des Wirtschaftslebens gerade entgegenwirkt. Die Rechte hat wahrlich keine Ursache, von jüdisch-sozialistischer Schieberwirtschaft zu sprechen. Da das Liefersoll an so vielen Stellen verschieden war, war unsere Forderung nach einer Erhöhung desselben berechtigt. Wer machte die Veranlagung? Herzberg-Lottin und die anderen Großagrarier haben sich selbst veranlagt, also Leute, die schreien: Deutsche sind wir, Deutsche wollen wir bleiben bis zum letzten bis zum letzten Atemzug! Diese Leute wollen auch Berlin durch Hunger zur Vernunft bringen. Vielleicht ist der Ernährungsminister der erste, der daran glauben muß. (Heiterkeit.)

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Mißstände bei einer so großen über das ganze Reich sich erstreckenden Aktion, wie es die Maisaktion ist, lassen sich nicht vermeiden. Wo es möglich war, haben wir Remedur geschaffen. Wir dürfen aber derartige Mißstände nicht als Grundlage einer völligen Ablehnung der Maisaktion benutzen. Von dem Material, das der Abgeordnete Schmidt eben hier vorgebracht hat, werde ich Gebrauch machen.

Herz (USP.): Die Verbilligung des Mais liegt nicht, wie wir es gern gesehen hätten, in den Händen amtlicher Behörden, sondern in den Händen der Agrarier. Der Minister hat es unterlassen, seinen Standpunkt bis zum letzten zu vertreten. Größtenteils ist das Getreide an die Brennereien gewandert. Deutschland ersäuft zurzeit direkt in Branntwein. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, Sie haben ein großes Interesse an der Branntweinproduktion, wobei Sie mehr verdienen.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Ich habe damals bereits erklärt, daß wir für einen Zentner Getreide 1½ Zentner Mais geben können. Der Abgeordnete Herz hat aber den Mais mit Maisfuttermehl verwechselt.

Damit ist der Haushalt des Ernährungsministers erledigt.

Das Haus tritt nach 10stündiger Sitzung in die Beratung des Eisenbahnetats ein. Die Presse stellt auf einstimmigen Beschluß der Journalistengewerkschaft die Berichterstattung ein.

Die Abstimmungen werden auf Dienstag vertagt.

Nächste Sitzung Montag, 1 Uhr: Abwicklung der Kriegsgesellschaften, Uebergang der Wasserstraßen an das Reich, Altrentnergesetz, Gesetz über religiöse Kindererziehung, Nachtragsetat.

Schluß 9 Uhr.

Die Getreidepreiserhöhung angenommen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet Sonnabend den Entwurf einer Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921. § 1 der Verordnung setzt die Höhe der Preise wie folgt fest: für die Tonne Roggen 2100 Mk., die Tonne Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emer, Einkorn 2300 Mk., für die Tonne Gerste 2000 Mk. und für die Tonne Hafer 1800 Mk. Die Erhöhung der Preise wird durch die gestiegenen Erzeugungskosten begründet.

Von sozialistischer Seite wurde gegen die Verordnung heftig polemisiert. Abg. Hertz (Unabh.) vertrat die Ansicht, daß die Landwirtschaft für das Umlagegetreide nur eine **Vergütung ihrer Produktionskosten** beanspruchen könne und befürwortete die Beibehaltung der alten Preise. Auch die christlichen Gewerkschaften hätten die neuen Preise als zu hoch bezeichnet.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) begründete in einer Entschließung die ablehnende Stellungnahme unserer Genossen.

In der Abstimmung wurde die Verordnung nebst einer Zentrumsentschließung, die von der Regierung Maßnahmen fordert, damit der künftige Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis **nicht mehr als höchstens um 40 Prozent übersteigt,** angenommen.

Damit sind die Forderungen der Agrarier erreicht. Der Antrag des Zentrums, der auf Maßnahmen zur Verbilligung des Brotes — nicht des Getreides — abzielt, dürfte keine praktische Bedeutung haben da nach allem, was über das allgemeine Finanzprogramm bekannt geworden ist, die Lebensmittelzuschüsse des Reiches abgebaut werden sollen. Diese Aussicht droht ohnehin, zumal auch die schärfsten Steuern kaum dazu ausreichen dürften, die Ultimatumslasten zu decken. Es fällt auf die bürgerliche Reichstagsmehrheit zurück, wenn die Preiserhöhungen mit der Verteuerung des Brotes in Kraft treten, ohne daß man bisher nur den Versuch gemacht hätte, die breiten Massen vor den Folgen der Teuerung zu schützen.

Die mehrheitssozialistische Landeskonferenz Sachsens für spätere Wiedervereinigung mit der USP.

Leipzig, 4. Juli. Auf der mehrheitssozialistischen Landeskonferenz Sachsens gelangte einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in der gesagt wird, die Landeskonferenz bekundet den festen Willen, die von den beiden sozialistischen Parteien in Sachsen gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeiten mit allen Kräften zu fördern und schlägt deshalb vor, nichts unversucht zu lassen, um nicht nur im Landtag, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziel einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Die Eidesleistung der Amtsvorsteher.

Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt: „Unsere Mitteilung, daß zwei Amtsvorsteher im Kreise Belgard die Eidesleistung auf die neue Preußische Verfassung verweigerten, von ihrem Amt suspendiert, die übrigen Eidesverweigerer in die höchste zulässige Geldstrafe genommen worden sind, veranlaßt die „Deutsche Tagesordnung" zu der Frage, ob denn der Magdeburgische Oberpräsident Hörsing seine kommunistischen Amtsvorsteher zur Leistung des Verfassungseides angehalten habe. Die „Deutsche Tageszeitung" kann beruhigt sein. In der Provinz Sachsen haben sämtliche Amtsvorsteher, auch die Kommunisten, den Eid auf die Verfassung geleistet."

18 Geschütze „gestohlen"!

Wie unser Parteiblatt in Liegnitz mitteilt, sind in der Nacht zum 7. Juni auf dem Truppenübungsplatz Küstrin 18 Geschütze, die zur Vernichtung bestimmt waren, gestohlen worden. Es handelt sich um 4 schwere Feldhaubitzen und 14 Feldkanonen mit Protzen. Alle vollkommen gebrauchsfähig. Die Meldung selbst stand unauffällig im amtlichen Mitteilungsblatt der Eisenbahnbehörde. Der Abtransport dieses Geschützparkes, zu dem eine große Mannschaft hätte gebraucht werden müssen, ist angeblich von niemand bemerkt worden. Alle Dienststellen versichern ihre Unschuld. In der Nacht vom 30. Juni erschienen etwa 30 Personen mit 2 Lastautos vor dem Ehrenfriedhof in Liegnitz und begannen, die dort aufgestellten 4 Geschütze aus dem Friedhof fortzuschaffen. Der Friedhofswächter wurde jedoch durch die Geräusche aufmerksam und alarmierte eine Polizeistreife, der es gelang, 3 der Täter festzunehmen. Einer von ihnen ist der Hauptmann v. Nikisch, Führer der Orgesch im Landkreise Schlesien. 3 Geschütze wurden den Tätern sofort abgenommen, das vierte war aber schon abgefahren und wurde später in einer Schonung versteckt von Liegnitzer Parteigenossen aufgefunden.

Hubertus in Mecklenburg.

Arbeitsgemeinschaft Roßbach.

In der bürgerlichen Presse befand sich dieser Tage folgendes Inserat:

> Unverheiratete Heeresentlassene, auch Unteroffiziere, als
>
> **Landarbeiter**
>
> für eine norddeutsche Arbeitsgemeinschaft gesucht. Freie Station und rund 14 M täglich in bar. Nachweislich nationale Gesinnung und gute Papiere Voraussetzung. Ang. an Oberleutnant Diewitz, Rohlstorf bei Wismar in Mecklenburg. Rückporto.

Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit und dem Bestreben, irgendwo unterzukommen, meldeten sich auf dieses Inserat zahlreiche Arbeiter. Sie erhielten daraufhin folgende Antwort:

Bahnstation Hohnstorf der Strecken Wismar—Rostock und Wismar—Goldberg.

Rohlstorf, Datum d. Poststempels. bei Wismar i. Meckl. Fernsprecher: Wismar 160.

Auf Ihre Anfrage wegen Einstellung in die Arbeitsgemeinschaft Roßbach teile ich Ihnen mit:

Aus der Erwägung heraus, daß es den früheren Angehörigen der Reichswehr und Freikorps wegen ihres Einstehens für das

Vaterland durch die Rachsucht der Ententeknechte und Vaterlandsverräter — vergl. „Vorwärts“, „Berliner Tageblatt“, „Freiheit“, „Freies Wort“, „Rote Fahne“ usw., der nicht übermäßig kluge, aber sehr einseitige Mecl. Ministerpräsident Stelling nannte in einer Fensterrede eine Vereinigung ehem. Reichswehrangehöriger „Abschaum der Menschheit“! — meistens unmöglich gemacht ist, Arbeit und Brot zu finden, hat die A.G.R. sich zum Ziele gesetzt, ehemaligen Reichswehr- und Freikorpsangehörigen, ausnahmsweise auch anderen gedienten Leuten Gelegenheit zu geben, auf dem Lande im Kreise gleichgesinnter Kameraden Arbeit und Unterkunft zu finden, wobei in sehr beschränktem Maße Verwendung im Beruf angestrebt wird, im allgemeinen aber nur, im Anfang stets, Verwendung als Landarbeiter in Trupps unter einem Vorarbeiter auf Gütern in Frage kommt.

In die A.G.R. Kreis Wismar-Ost werden nur ehemalige Heeresentlassene aufgenommen, die unverheiratet, körperlich und geistig gesund, mindestens 1,63 Meter groß, nicht über 26 Jahre alt und bisher unbestraft sind, keiner vaterlandsfeindlichen Partei angehören und sich der A.G.R. dauernd anschließen wollen.

Als Mitglied der A.G.R. wird von Ihnen unter anderem erwartet: Gewissenhafte Ausführung Ihrer Arbeiten, bescheidenes Verhalten gegen Führer, Vorarbeiter, Arbeitgeber und dessen Angestellte; Unterordnung unter Ihre Vorgesetzten, Gehorsam, Pflege treuer Kameradschaft und nationaler Gesinnung, Ehrlichkeit, Offenheit usw., mit einem Worte: Sie müssen pflicht- und ehrliebender Deutscher sein, der mit seinen Führern und Kameraden durch dick und dünn geht.

Die ersten 4 Wochen gelten als Probezeit, während der Ihnen fristlos, ohne Angabe des Grundes gekündigt werden kann, Sie hingegen an 14tägige Kündigungsfrist gebunden sind. Später gilt beiderseits 14tägige Kündigungsfrist.

Vor Ihrem Eintritt müssen Sie einen Verpflichtungsschein unterschreiben, in dem Sie anerkennen, daß Sie bei unehrenhafter Führung, dauernder Faulheit und moralischer Untauglichkeit sofort entlassen werden können, daß Sie bei eigenmächtiger Entfernung von Ihrer Arbeitsstelle oder der A.G.R. 300 Mk. Strafe wegen Kontraktbruches zahlen müssen und daß Sie mit dem hier eingeführten Zwangssparsystem von 60 Mk. monatlich, mit der Zahlung eines monatl. A.G.-Beitrages von 20 Mk. und eines Eintrittsgeldes von 8 Mk. einverstanden sind.

Unterkunft, gewöhnlich mit mehreren Kameraden gemeinsam in einem Zimmer, und Verpflegung frei, Barlohn ungefähr 14 Mk. täglich.

An Kleidung müssen Sie einen anständigen Ausgehanzug und Arbeitszeug mitbringen.

An Papieren müssen vorgelegt werden: 1. vollständige Militärpapiere, 2. Geburtsurkunde, 3. ein lückenloses polizeiliches Führungs- oder Leumundszeugnis für die nicht im Militärdienst verbrachte Zeit seit 1. Juli 1918, 4. ein amtlich gestempeltes Lichtbild (wird bei Bewerbung um Privatstellen meistens nicht gemacht, daher müssen Sie bei der Beantragung angeben: zu Heeres- oder Schupozwecken), 5. eine Bescheinigung von glaubwürdiger Seite (früher mil. Vorgesetzter, Geistlicher, Beamter usw.) über Ihre vaterländische Gesinnung, 6. Zeugnisse Ihrer Arbeitgeber mit Angabe des Austrittsgrundes, falls nach der Entlassung aus dem Heere gearbeitet, 7. eine amtliche Bescheinigung über die Dauer Ihrer Arbeitslosigkeit, wenn arbeitslos gewesen.

Wenn Sie den Anforderungen restlos entsprechen und bis zum 5. Juli unter Vorlage Ihrer Papiere hier eingetroffen sind, erfolgt Ihre Einstellung ohne weiteres, sonst sind die Papiere unter Einschreiben einzusenden, worauf endgültig Bescheid erfolgt. Bei der großen Zahl der Bewerber um Einstellung empfiehlt sich, die Beschaffung und Einsendung der Papiere sehr zu beschleunigen, da die Einstellung nach der Reihenfolge des Eingangs der Papiere erfolgen.

Reisegeld wird in keinem Falle vergütet oder vorgeschossen.

Bei Rückfragen Porto (60 Pfg.) beilegen, überflüssige Fragen werden nicht beantwortet.

Arbeitsgemeinschaft Roßbach, Gau Hubertus, Kreis Wismar-Ost.
Diewitz, Königlich Sächs. Oberleutnant.

Bei der Einstellung müssen 8 Mk. Eintrittsgeld gezahlt werden. Der Arbeitsvertrag gilt auch für die Probezeit und muß unterschrieben hier abgegeben werden.

J. A.: Lavand.

*

Die Arbeitsgemeinschaft Roßbach ist die Tochter der Sturmabteilung Roßbach. Was diese Truppe sich alles geleistet hat, ist mehr als skandalös. Eines Tages meuterte sie unter der Führung des Leutnants Roßbach selbst; marschierte dann von Culmsee in Westpreußen in mehreren Tagesmärschen mit deutschen Waffen und deutscher Ausrüstung über die russische Grenze, um sich den Baltikum-Räuberbanden anzuschließen. Von dem bevorstehenden Abmarsch war die ganze westpreußische Division, samt ihrem Führer, dem Generalmajor Wohlgemuth, genau unterrichtet. Trotzdem geschah nichts, um die Geschichte zu unterbinden. Der General war ein gutmütiger Troddel, der innerlich Roßbach zustimmte, außerdem von dem entschlossenen Untergebenen reichlich verängstigt war.

Die Sturm-Abteilung gelang bis Mitau, wurde da von den Roten Truppen geschlagen und rückte in Eilmärschen wieder nach der deutschen Grenze zurück. Ist Roßbach oder sonst jemand für dieses Abenteuer bestraft worden? Nein.

Bei der Heeresverminderung entlassen wurden die Mannschaften nach Berlin und Mecklenburg verlegt, um im Kapp-Putsch als Regiment Roßbach zu wirken. Nachdem auch dieses Abenteuer gescheitert war, verzogen sich Roßbach und seine Getreuen nach Mecklenburg, um dort als Arbeitsgemeinschaft auf neue Raub- und Umsturzgelegenheit zu warten. Der Name Hubertusleute ist der Name für den alten Stamm der Truppe — wer dieser nämlich mehr als drei Monate angehörte, bekam als Anzeichen das Hubertusgeweih auf den linken Oberarm.

Wir möchten uns einen Vergleich erlauben. Angenommen Max Hölz, der auch nicht mehr auf dem Gewissen hat als Roßbach, würde seine ehemaligen Untergebenen irgendwo zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenziehen, sie vollständig militärisch organisieren und in steter Bereitschaft halten. Wie würde die Rechtspresse das Maul aufsperren, und wie käme mit schnellem Schritt die deutsche Justiz herbeigelaufen, um den Mordbrenner und Räuberhauptmann und seine Leute unschädlich zu machen.

Aber Roßbach hat ja seine Meutereien und seine Abenteuerfahrten unter schwarz-weiß-roter Flagge gemacht, und das ist etwas ganz, ganz anderes. Hätte er genau das gleiche unter der roten Flagge sich geleistet, er säße längst irgendwo hinter Schloß und Riegel.

Sechster Kriegsverbrecher-Prozeß.

Crusius geisteskrank?

In der fortgesetzten Beweisaufnahme vor dem Leipziger Reichsgericht wurde zunächst der inzwischen eingetroffene Dr. A. Wenger aus Dornach im Elsaß vernommen, der im August 1914 Regimentsarzt im Infanterieregiment 112 war. Er bekundet, bei dem Nachmittagsgefecht am 26. August habe es viele Verwundete gegeben. Es seien auch zwei verwundete Franzosen zu ihm gebracht worden, die ihn fragten, ob er sie nicht erschießen wolle. Er, Zeuge, habe erwidert: Was fällt euch ein, ihr steht doch unter dem Schutz des Roten Kreuzes. Gegen 6 Uhr wurde der Zeuge zum General Senger gerufen, der ihm empfahl, die Verwundeten weiter zurückbringen zu lassen, damit die Rückzugstraßen frei würden. Später ist dem Zeugen aufgefallen, daß die beiden verwundete Franzosen fehlten. Auf seine Fragen sei ihm geantwortet worden, Major Crusius habe sie erschießen lassen. Als am andern Morgen Crusius sich bei ihm krank meldete, habe er ihm sein Vorgehen am Tage vorher vorgehalten. Crusius habe darauf erklärt, er habe nicht anders gekonnt, er habe einen Nervenklaps gehabt. Ein Unteroffizier hat dem Zeugen dann gesagt, daß die Erschießung der Verwundeten auf enen Befehl hin erfolgt sei, der gelautet habe: **Heute werden keine Gefangenen gemacht.**

Der Angeklagte Crusius behauptet, Dr. Wenger überhaupt nicht zu kennen, was diesen zu heftigen Bemerkungen veranlaßt. Der Zeuge kann sich nicht daran erinnern, daß der Angeklagte Crusius sich damals auf einen Befehl Stengers berufen hat.

Der Sachverständige Dr. Böhler bemerkt, daß Dr. Wenger ihn in der Schlacht bei Saarburg mit Verbandmaterial im Stich gelassen habe, weshalb es seinerzeit zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sei. Dr. Wenger gibt schließlich noch an, daß Crusius einen sehr verstörten Eindruck gemacht habe und daß er ihn für einen Neuropathen halte.

Der Sachverständige Geheimrat Prof. Dr. Anton, Halle a. S., der hierauf sich gutachtlich äußert, hat den Angeklagten Crusius im Kriege wiederholt untersucht, und zwar zu einer Zeit, in der von der heutigen Anklage keine Rede war. Es handelte sich damals um die Feststellung über die weitere Verwendbarkeit im Heere. Dem Angeklagten lag es schwer auf der Seele, da er infolge eines angeblich erhaltenen Befehls Gefangene habe erschießen lassen müssen. Auf das Verhalten des Angeklagten an der Front übergehend, glaubt der Sachverständige bestimmt behaupten zu können, daß sich Crusius, der alkoholintolerant sei, am 26. August in einem Zustande befand, der die geistige Zurechnungsfähigkeit ausschließt. Zum mindesten war Crusius in seinem Nervenleben schon damals erschüttert. Am 26. August war Crusius sicher in einem Zustande der Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 und an den vorhergehenden Tagen offenbar auch, so daß er den Befehl unrichtig aufgefaßt hat.

Senatsprädent Dr. Schmidt betont, daß Major Müller, der geistig durchaus gesund war, den angeblichen Befehl ebenso verstanden hat, wie der Angeklagte Crusius. Es sei also nicht erklärlich, weshalb sich gerade Crusius infolge anormalen Geisteszustandes geirrt haben sollte.

Der Zeuge Schmied Jakob Braun aus Heidelberg, der bei der 1. Kompagnie des Inf.Regt. 112 stand, sagt aus, er habe erfahren, daß bei der 3. Kompagnie Gefangene erschossen worden sind.

Landwirt Brenneisen aus Egringen in Baden ist in französische Gefangenschaft geraten. Der Zeuge hat den angeblichen Befehl durch Kameraden erfahren.

Fahrradhändler Kaupp aus Badisch-Rheinfelden, der Unteroffizier der 1. Kompagnie des Inf.-Regt. 112 war, bekundet: Beim Vorbeiziehen an einer Kapelle in der Nähe des Exerzierplatzes bei Saarburg sei aus der Kapelle gerufen worden: „Nicht schießen!“ Kurz darauf fielen aus der Kapelle Schüsse. Diese wurde daraufhin gestürmt und man könne sich denken, was mit der Besatzung geschehen sei. Am nächsten Tage, dem 21. August, habe er von dem Brigadebefehl gehört, daß keine Gefangenen gemacht werden sollten, weil unsere Leute hinterrücks beschossen worden waren. Der Zeuge weiß nicht bestimmt, von wem der Befehl, die Gefangenen zu erschießen gekommen ist.

Oberleutnant Kindermantel war am 26. August im Walde bei Saarburg und stellte dort fest, daß man sich einer großen Uebermacht gegenüber befand. In diesem Augenblick habe Major Müller das Kommando übernommen und den Befehl ausgegeben, es sollten **keine Gefangenen gemacht werden**, und zwar deshalb, weil unseren Leuten die Augen ausgestochen und andere Grausamkeiten von den Franzosen begangen worden waren.

Hilfsarbeiter Anton Rothacker aus Kappel in Baden bekundet, es sei kein direkter Befehl ergangen, keine Gefangenen zu machen, sondern es sei nur davon geredet worden.

Es gelangen hierauf verschiedene Aussagen eidlich vernommener Zeugen zur Verlesung.

Der gestern vernommene Zeuge Heesch erklärt auf Befragen, er habe angenommen, daß der Befehl dem Sinne nach ausgeführt werde müsse. Auch die Zeugen Schmerber und Klehe werden nochmals vorgerufen. Der erstere bleibt dabei, daß Crusius selbst mit dem Revolver geschossen habe.

Nach der Mittagspause wird der von den Franzosen benannte Zeuge Dr. Delunge, der Stabsarzt der Reserve war, vernommen. Er will am 21. August gesehen haben, wie ein Unteroffizier einen Verwundeten erschoß. Auf seine Frage habe der Unteroffizier gesagt, es sei Brigadebefehl.

Verwaltungsassistent Max Dominikaus, Heidelberg, war Sanitätsfeldwebel im Inf.-Regt. 142. Er hat den vollständigen Zusammenbruch des **Hauptmanns Crusius** mit angesehen.

Handlungsgehilfe Arno Enders aus Plauen, der im August 1915 in der Champagne verwundet wurde und in französische Gefangenschaft kam, hat beobachtet, daß wehrlos im Graben liegende deutsche Verwundete einer nach dem andern erschossen worden sind. Er selbst habe dabei noch einen Kopfschuß erhalten und sei für tot gehalten worden. Der Zeuge glaubt, daß es sich um die sogenannten Nettoyeurs gehandelt habe, die beauftragt waren, alle Verwundeten umzubringen.

Lehrer Lüderitz aus Gieskau wurden 1917 verwundet und von den Engländern gefangen genommen. Er und eine Anzahl seiner Kameraden wurden von den Engländern vollständig ausgeplündert. Der englische Offizier habe ihn erschießen wollen. Er, der Zeuge, habe aber den Revolver zur Seite gedrückt, so daß der Schuß daneben ging. Bald darauf eröffneten die Engländer auf ihn und seine mitgefangenen Kameraden Maschinengewehrfeuer, wobei er dann weitere Verletzungen davontrug.

Geschäftsführer Kaspar Brech aus Würzburg hat am 26. Aug. den Befehl des Hauptmanns Crusius gehört, es würden keine Gefangenen gemacht, weil seine Kompagnie zusammengeschossen war. Er hat mehrere Male gehört, wie Major Müller einem Soldaten den Befehl gegeben hat, Verwundete zu erschießen. Der Zeuge hat die Schüsse gehört.

Oberst Helfritz aus Lübeck war Generalstabsoffizier bei der Division. Er habe seinerzeit sofort im Auftrage der Division feststellen lassen, daß an dem angeblichen Befehl des Generalstabs nichts Wahres sei. Auf Befragen des Oberreichsanwalts sagte der Zeuge, einen Befehl, alle Gefangenen zu erschießen, würde er nach der Gefechtslage am 21. August nicht für angemessen gehalten haben.

Landwirt Emil Bigott aus Nußbach, Kr. Oberkirch in Baden, hat gesehen, daß Major Müller durch einen Soldaten einen Verwundeten hat erschießen lassen.

Schutzmann Fritz Döhringer aus Pforzheim bekundet, daß auf Befehl des Hauptmanns Crusius **drei Gefangene hinter einer Mauer erschossen worden seien.**

Der Zeuge Fritz Greß aus Weingarten bei Durlach, Bursche des Hauptmanns Crusius, hat am Morgen des 21. August gesehen, daß verwundete Franzosen von hinten auf den Brigadestab schossen. Es sei dann durch die Schützenlinie durchgesagt worden, die Verwundeten, die geschossen hätten, sollten erschossen werden. Am 26. August habe Crusius den Befehl gegeben, keine Gefangenen zu machen und keinen Pardon zu geben.

Eine Reihe weiterer Zeugen tritt teils für die Auffassung ein, daß ein Erschießungsbefehl vorgelegen habe, teils wird diese Behauptung widersprochen.

Der Sachverständige Dr. Döhner gibt sein Gutachten dahin ab, daß Crusius sowohl am 21. August als am 26. August der freien Willensbestimmung im Sinne des § 51 beraubt war.

Gegen 6½ Uhr abends wird die Weiterverhandlung auf Montag, 4. Juli, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Erzbergers neues Finanzprogramm.

Von Dr. R. Kuczynski,
Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg.

Erzberger, der mehr für die Gesundung der Reichsfinanzen getan hat als alle seine Vorgänger von Helfferich bis Dernburg, und der deshalb einer der meistgehaßten deutschen Politiker ist, hat soeben in der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung“ (Nr. 12) einen sehr lesenswerten Aufsatz über „Die Aufbringung der Wiedergutmachungslasten veröffentlicht. An erster Stelle fordert er mit Recht „die restlose Durchführung der bereits beschlossenen Steuergesetze“.

„Hier fehlt noch manches. Es dürfte sich als zweckmäßig herausstellen, ein besonderes Reichsfinanz-Kontrollamt zu errichten, direkt dem Reichsfinanzministerium unterstellt, als eine Reichsmittelbehörde, welche die gesamte Finanzstatistik in ihre Hand nimmt, welche aber auch die Durchführung der Steuern überwacht und besondere Einrichtungen trifft, um die Durchführung der Steuergesetze zu gewährleisten.“

Das Reichsnotopfer will er in etwa fünf Jahren ganz eingezogen wissen. Dieser Vorschlag erscheint mir viel zu zahm. Nach den bestehenden Gesetzen muß ohnehin die große Mehrzahl aller Abgabepflichtigen das ganze Reichsnotopfer bis zum 1. Mai 1922 entrichtet haben, und mehr als die Hälfte des überhaupt zu erwartenden Gesamtbetrages wird bis dahin eingezogen sein. Man wird also — wenn man, was mir allerdings unmöglich erscheint, auf die Ersetzung des Reichsnotopfers durch eine wirklich große Vermögensabgabe verzichtet — die Einziehung des ganzen Reichsnotopfers zweckmäßigerweise bis spätestens Ende 1923 durchführen müssen.

Die Erbschaftssteuer möchte er entweder „durch eine dauernde Erhöhung der Nachlaßsteuer oder einen vorübergehenden Zuschlag zur Erbanfallsteuer“ ertragreicher gestalten. Diese Forderung ist sehr zeitgemäß. Daß es sich dabei aber nur um einen vorübergehenden Zuschlag handeln könnte, erscheint ausgeschlossen.

„Ganz erhebliche Beträge sind zu gewinnen durch einen sachgemäßen Ausbau der Börsensteuern.“ Vor allem fordert er eine Kotierungsabgabe, die in Höhe von 1 Prozent des Durchschnittsjahreskurses aller Aktien von den betreffenden Gesellschaften zu zahlen wäre. Er verspricht sich davon jährlich zwei Milliarden — meines Erachtens zu viel; aber was er zugunsten der Kotierungsabgabe anführt, sollte von allen denen beherzigt werden, die jetzt an der unseligen Körperschaftssteuer herumzudoktern versuchen. Daneben empfiehlt er eine Besteuerung der Devisengeschäfte und eine „Sonderbesteuerung der Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht“.

Das Hauptgewicht aber legt er auf die Erhöhung der Kohlenpreise, die mindestens verdoppelt werden müßten. Den Mehrerlös möchte er durch ein Verkaufsmonopol abschöpfen. Dem Reich soll alles zufließen, was über den heutigen Inlandspreis einkommt. Dabei übersieht er aber, daß bei einer Verdoppelung des Kohlenpreises die Selbstkosten der Zechen bedeutend steigen würden, da die Löhne der Bergarbeiter infolge der verteuerten Lebenshaltung erhöht werden müßten und notwendigerweise auch die Ausgaben für Materialien vermehrt würden. Daß mit einer solchen Steigerung der Kohlenpreise die persönlichen und sachlichen Aufwendungen der Reichseisenbahnen und aller übrigen Reichsstellen steigen würden, scheint er gleichfalls nicht in Rechnung gestellt zu haben.

Bei dem kurzen Gedächtnis, dessen sich die meisten Zeitgenossen erfreuen, ist es nützlich, daß Erzberger sie an die Vorgeschichte der Ausfuhrabgabe erinnert:

„Es war ein unglückseliger Gedanke, der vor und in Spaa von deutschen Sachverständigen in die Debatte geworfen wurde, als man vom sogenannten „Besserungsschein“ sprach. Die Urheber desselben gingen wohl von der Idee aus, daß dann für die ersten Jahre eine Erleichterung von der Entente zu erwarten sei. Das hat die Entente abgelehnt, den Besserungsschein aber akzeptiert und zwar in der rohesten und brutalsten Form der Ausfuhrabgabe.“

Als Mittel zur Aufbringung der Gelder für die Abgabe empfiehlt er „ein Umlageverfahren durch Schaffung von Industrieverbänden, die direkt oder indirekt an der Ausfuhr beteiligt sind.“ Wie er sich das im einzelnen denkt, ist nicht gesagt. Zur Versöhnung der Arbeiter mit dem Kapitalismus fordert er die Schaffung von Werksgenossenschaften, „die in jedem gewerblichen Betrieb mit größerer Arbeiterzahl zu bilden sind, und bei welchen die Arbeiter am Besitz und Ertrag des Unternehmens beteiligt werden, und zwar in der Form, daß das Privatkapital eine Verzinsung von 6 Prozent vorweg erhält und der überschießende Gewinn zwischen Werksgenossenschaft und Privatkapital geteilt wird.“ Das ist aber letzten Endes nur eine Abwandlung des Gedankens der Kleinaktie, von der er selb sterklärt, sie „würde eine große Enttäuschung werden“.

Im ganzen ist das Finanzprogramm Erzbergers von 1921 wie das von 1919 „gut bürgerlich“. Und es zeugt nur von der Verblendung unserer Kapitalisten, wenn sie ihn immer noch wegen seiner Steuerpläne hassen und wenn sie immer noch auf einen Messias hoffen, der sie mehr schont als Matthias.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 2. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
	S.	Sturmvogel	Schulz	Rostock	1	
	S.	Seeschwalbe	Krulls	Odensee	3	
	S.	Emma Willi	Koch	Kopenhagen	3	
D.		Askania	Heege	Räfsö	4	
D.		Fehmarn	Schwenn	Burg		4½
D.		Heindahl	Iwersen	Malmö	1	
	S.	Willi	Lüdemann	Benedere	5	
		Angekommen am 3. Juli 1921.				
D.		Expreß	Davidsen	Hadersleben		14
	S.	Cecilie	Krause	Helsingör	6	
D.		Elbing	Krause	Kotka		
D.		Angermannland	Abrahamsen	Stockholm	2	
	S.	Altair	Petersen	Guldborg	3	
	S.	Maria	Christiansen	Stage	1	
	S.	Klaus	Küper	Kopenhagen	2	
	S.	Anna	Petersen	Svendborg	2	
D.		Inga Kunstmann	Jankowsky	Stettin	1	
		Angekommen am 4. Juli 1921.				
S.		Haubet	Raßmussen	Nakskow	1	
D.		Pauline Haubus	Stahl	Stockholm	3	
D.		Bremerhaven	Fischer	Helsingborg	1	
	S.	Unterweser	Eddas	Helsingborg	1	
	S.	Möve	Knab	Kopenhagen	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Meyer & Co., sämtliche in Lübeck

Der alles überragende

Unser diesjähriger
Saison-Ausverkauf
übertrifft die gleichen Veranstaltungen der Vorkriegszeit
durch gewaltige Preis-Abschläge

Wir bieten,
unserm Ruf
entsprechend, in allen Abteilungen des Hauses durchweg
hochwertige Waren sensationell billig

Waschstoffe

Im Ausverkauf

Serie 1 Meter **7.75** Serie 2 Meter **9.90** Serie 3 Meter **11.75**

Gardinennessel ca. 80 cm breit	Meter 5.95
Kleiderstoffe für Hauskleider ca. 105 cm breit	Meter 19.75
Seiden-Krepeline in vielen Farben, ca. 100 cm breit	Meter 29.00
Damen-Untertaillen aus gutem Wäschetuch	8.75
Damen-Taghemden aus Ia. Wäschetuch	17.90
Damen-Schürzen Blusenform mit Trägern	13.75
Herren-Taschentücher weiß	Stück 3.90
Wäsche-Stickereien verschiedene Breiten	Meter 2.75 1.65 95 ₰
Seidenband Reste für Haarbänder, Ia. Qualität	Stück 2.75 1.50
Damen-Kragen für Blusen und Jacketts	2.75 und 95 ₰
Stickseiden viele Farben	Docke 35 ₰

Damen-Mäntel u. Kostüme

in billigen Ausverkaufs-Serien

95 ℳ 195 ℳ 395 ℳ

Damenhüte

moderne Formen

Serie 1 **4.75** Serie 2 **9.75** Serie 3 **19.75**

Damen-Schnürschuhe mit Lackkappen	79.50
Herren-Schnürstiefel starkes Fabrikat	92.50
Damen-Strümpfe schwarz, engl. lang	5.75 3.75
Herren-Socken starkes Fabrikat	6.75 4.95
Herren-Unterhosen Trikot	9.50 7.50
Strickbinder in schönen Farben	6.75
Gummi-Hosenträger gutes Fabrikat	6.75
Ia. Strickwolle schwarz und grau	100-gr-Lage 7.25
Tüllbettdecken Ia. Qualität, 2bettig mit Volant	98.00
Frisierkämme starkes Fabrikat	2.75
Briefkassetten, Leinen 100 Bogen und 100 Kuverts	6.50

Damen-Blusen u. Röcke

in billigen Ausverkaufs-Serien

39.50 29.50 19.50

Beilage zu Nr. 153
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 4. Juli 1921

Freistaat Lübeck.

Montag, 4. Juli.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Dienstag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderm ein Vortrag des Gen. A. Waschick-Berlin, der über das Thema spricht: „Unter welchen Bedingungen ist der Aufstieg unseres Volkes möglich?" Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

*

Das Programm der Nordischen Woche.

Das Resultat der vielen Beratungen und Vorarbeiten für die Nordische Woche liegt jetzt in programmatischer Zusammenstellungen auf, wie sie in solcher Mannigfaltigkeit ihresgleichen Vortragswesen, in erstklassigen Theateraufführungen und Ausstellungen auf wie sie in solcher Mannigfaltigkeit ihresgleichen sucht. Die deutschen Handelsstädte an der langgestreckten Ostsee liegen im schärfsten Wettkampf um die Heranziehung und Wiederbelebung der Handelsbeziehungen zu den nordischen Staaten, und dabei darf Lübeck mit seinem alten guten Ruf nicht zurückstehen. Es will ehrlich mitstreiten und nicht nur den durch den Krieg zum Teil verlorenen Handelsanteil wieder-, sondern noch ein gutes Stück dazu gewinnen. Lübeck rechnet auf ansehnliche Handelsverbindungen und einen anwachsenden Handelsverkehr, es hat zu diesem Zweck insbesondere größten Wert auf seine Hafenanlagen gelegt und diese ausgebaut. Ausgedehnte Industrieanlagen wurden geschaffen, industrielle Werke von Ruf bestehen hier seit langem und vermehrten sich in den letzten Jahren bedeutend. Industrie und Handel brauchen Ellbogenfreiheit, bedürfen des Ausdehnungsdranges, der Verbindungs- und Absatzmöglichkeiten. Wenn auch der Kapitalismus im Wettstreit die Sahne abschöpft, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft am Aufblühen unseres industriellen und kommerziellen Lebens sehr lebhaft interessiert ist. Sie wird sofort weithin sichtbaren Nutzen aus den Veranstaltungen nicht verspüren, sie wird auch an einzelnen von ihnen nur in beschränktem Maße direkten Anteil haben. Und doch wäre es verkehrt, wenn man deswegen der guten Sache zweifelnd gegenüberstände. Die Nordische Woche soll und wird fremden Zustrom nach Lübeck bringen, sie wird — so hoffen wir — die Geschäftstätigkeit beleben und dem wirtschaftlichen Aufstieg zum Nutzen des Staates und der Gesamtheit neue Säfte zuführen.

In der Nordischen Woche werden nicht nur recht viele fremde Kaufleute und Industrielle nach Lübeck kommen, sondern Lübeck wird eine Reihe hervorragender Gelehrter und Künstler versammelt finden. Aus dem umfangreichen Programm wollen wir das Hauptsächlichste hervorheben:

Die Eröffnungsfeier der Nordischen Woche findet am Donnerstag, dem 1. September vormittags im Bürgerschaftssaal statt. Die Ausstellungen werden am Nachmittag in der Katharinenkirche eröffnet. Sie umfassen eine Ausstellung der religiösen Bilder Emil Noldes, verbunden mit einer Ausstellung moderner Plastiken, religiösen und streng feierlichen Charakters. (Einführungsvorträge werden gehalten von Prof. Dr. Sauerlandt und Dr. Niemeyer, Hamburg.) Weiter wird eine Architekturausstellung veranstaltet, eine historische Ausstellung von Urkunden, Siegeln, alten Druckwerken aus dem lübschen Staatsarchiv und der Stadtbibliothek; im Schabbelhaus wird eine Ausstellung nordischer Kunst, im Behnschen Haus eine Jahrhundert-Ausstellung lübeckischer Kunst, ferner eine Gewerbeschau der Lübecker Industrie und des Lübecker Handwerkes veranstaltet. Auch findet ein Schaufensterwettbewerb statt

Während der Nordischen Woche beabsichtigen folgende Vereinigungen in Lübeck zu tagen: **Zusammenkunft zwischen Vertretern der nordischen und deutschen Presse** am Freitag, dem 2. September. — **Deutsche Volkshochschulen** 3.—5. September in der Aula des Johanneums. — **Luthergesellschaft** am 4. und 5. September. — **Fehmarnbahnkomitee** am Dienstag, dem 6. September; einführender Vortrag von Professor Munch-Petersen, Kopenhagen, über „Die Fehmarnbahnlinie". — **Deutsch-nordische Verkehrskonferenz** am Mittwoch, dem 7. September; einführender Vortrag von Geheimrat Professor Dr. Schumacher, Berlin. — **Deutsch-Finnländische Vereinigung** am Donnerstag, dem 8. September; einführende Vorträge von Dr. Henrik Ramsay, Helsingfors, und Geheimrat Professor Dr Eucken, Jena. — **Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages.**

Das Vortragswesen weist folgende Punkte auf: Freitag, 2. September, vormittags: **„Die Mitarbeit der Frau bei der Ueberwindung der Weltkrise"**; Hauptberichterstatterin Frau Professor Munch-Petersen, Kopenhagen. Nachmittags: Vortrag Professor Dr. Kjellen-Upsala **„Die Entwicklungslinie des schwedischen Parlamentarismus"**. 3. September, nachmittags: Vortrag Geheimrat Professor Dr. Lenz, Hamburg, **„Schweden und Deutschland im 17. Jahrhundert"**. Abends: Vorträge Dr. Frederik Schröder, Askow **„Ueber das dänische Volkshochschulwesen"**; Ministerialrat Dr. v. Erdberg, Berlin **„Die Grundlinien der deutschen Volkshochschulwesens"**. Sonntag, 4. September, vormittags: Vortrag Thomas Mann, München **„Goethe und Tolstoi"**. Montag, 5. September, nachmittags: Vortrag Professor Dr. Montelius, Stockholm **„Aus der Urgeschichte der Germanen"**. 6. September, vormittags: Vortrag von Professor Munch-Petersen, Kopenhagen, **„Die Fehmarnbahnlinie"**. 7. September, vormittags: Vortrag von Geheimrat Professor Dr. Herm. Schumacher, Berlin, Thema aus dem Gebiet der **Ostseewirtschaft**. 8. September, vormittags: Vortrag vo Dr. Henrik Ramsay, leitender Direktor der Finska Angfartygsaktiebolaget, Helsingfors, **„Finnlands Wirtschaftsleben"**; Vortrag von Geheimrat Professor Dr. Eucken-Jena über **„Deutschlands kulturelle Beziehungen zu den nordischen Ländern, insbesondere Finnland"**; Tagung der Deutsch-Finnländischen Vereinigung. Nachmittags: Vortrag von Prof. Setälä, Helsingfors **„Finnland in seinen kulturellen Beziehungen zum Ausland"**. 9. September, nachmittags: Vortrag von Prof. Roosval, Stockholm **„Die Beziehungen der Lübecker Kunst zu den skandinavischen Ländern im Mittelalter"**. Abends: Vortrag von Professor Dr. Erich, Staatsminister a. D., Helsingfors, **„Einige Verfassungsgrundsätze in dem heutigen Staatsrecht Finnlands.** 10. September, mittags: Vortrag eines norwegischen Redners. **Führungen durch die Architektur.** Nachmittags: Vortrag über ein **kunstwissenschaftliches Thema.** Sonntag, 11. September, vormittags: Vortrag von Dr. Graf Hermann Keyserling **„Seins- und Könnens-Kultur"**.

Ueber das Festspielprogramm im Stadttheater berichten wir morgen.

Der Norddeutsche Lloyd auf der Ostsee.

Gestern wurden die Sonntagsfahrten des neuen Ostseebäderdienstes vom Norddeutschen Lloyd in Bremen von Lübeck aus eröffnet. Mit dieser neuen Verkehrseinrichtung wurde eine großzügige und vorzüglich eingerichtete Verbindung mit den Badeorten in der Lübecker Bucht und denjenigen Mecklenburgs ins Leben gerufen, die lebhaftestem Interesse begegnen wird. Denn der zu diesen Seefahrten ausersehene Dampfer „Grille" bietet auch an Bord so viel Annehmlichkeiten, daß die Seefahrt allein zu einem großen Genuß wird. „Grille" zählt zu den modern eingerichteten Dampfern, die mit großem Komfort ausgestattet sind. Die Schiffsbaukunst hat hier aus einem Mienensucher einen respektablen Doppelschraubenschnelldampfer mit ausgedehntem Haupt- und Promenadendeck geschaffen, der auch den großen Vergnügungsdampfern der Nordsee an die Seite gestellt werden kann. Wir Lübecker waren bisher nur gewohnt auf bescheidenen kleinen Flußschiffen unsere Sonn- und Feiertagsfahrten zu machen. Sie waren früher dem Ansturm mitunter kaum gewachsen. Jetzt hat der kapitalkräftige Norddeutsche Lloyd einen modernen Dampfer in den Ostseedienst gestellt, der einen Um- und Aufschwung des Reiseverkehrs bringen soll. Die ganze Aufmachung und Einrichtung des Dampfers deutet auf den praktischen Sinn moderner Schiffsbautechnik hin, den sich die Großreedereien zunutze machen. Ueberall ist für Bequemlichkeit und Schutz vor jeder Witterungsunbill und Wetterlaune gesorgt. Die Salons und Nebenräume sind freundlich eingerichtet, und jedem Fahrgast zugänglich. Man sitzt in den Lehnsesseln so bequem wie in jedem besseren Restaurant oder Café und — wer das Geld hat — ißt und trinkt dort mindestens ebenso gut und preiswert wie in Gasthäusern von Ruf. Die Stewards sind natürlich auch sofort bereit, das Gewünschte auf Deck zu servieren. Sie sind, wie die ganze 30 Mann starke Besatzung, im Ueberseedienst geschliffen, flink und zuvorkommend. Es ist alles zu haben, so daß sich jede Laune des Geschmacks und Appetits auf der 5stündigen Fahrt von Lübeck nach Dahme erfüllen läßt. Aber auch der genügsamste, sich selbst verpflegende Reisende kann sich ungestört dem Sinnen und Träumen hingeben. Denn der Doppelschraubendampfer „Grille" äußert durchaus keine Grillen und durchschneidet so ruhig und gleichmäßig die See, daß man die ganze große Naturschönheit unserer Ostseeküste in aller Beschaulichkeit an sich vorüberziehen lassen kann, ohne große Gefahr zu laufen, von der gefürchteten Seekrankheit befallen zu werden. „Grille" nimmt mit seiner 1800 Pferdestärken messenden Maschine, die das Schiff 11—18 Meilen in der Stunde vorwärts treibt, den Kampf auch mit der aufgeregtesten See auf. Die Sonntagsfahrten auf diesem Dampfer nach Travemünde—Timmendorfer Strand—Grömitz—Dahme und zurück werden für manchen, die Woche hindurch Frondenden eine vorzügliche Erholungstour werden, auch dann, wenn die Sonne nicht gerade gebelaunig ist. Die Abfahrts- und Ankunftszeiten werden auf das pünktlichste eingehalten. Am gestrigen Sonntag war auf den verschiedenen Anlegebrücken zahlreiches Publikum versammelt, um den für unsere bisherigen Schiffsverkehrsverhältnisse immerhin gewaltigen Dampfer — er faßt bequem 800 Personen im Fluß- und 600 im Seeverkehr — zu begrüßen. In Lübeck scheint man durch das garstige Wetter der letzten Wochen etwas abgeschreckt zu sein, denn die Fahrgäste waren nicht besonders zahlreich erschienen, vermehrten sich aber an den Zwischenstationen. Der Wettergott meinte es jedoch mit den Vergnügungsreisenden ganz gut, glättete ihnen die See und ließ auch die Sonnenstrahlen auf ihr spiegeln, so daß man nur vergnügten und hochroten, von der Seeluft aufgefrischten Gesichtern begegnete. Wenn die Vorzüge dieser Vergügungs- und Erholungsfahrten erst weiter bekannt geworden sind, werden sie sich gewiß eines bedeutenden Zuspruchs erfreuen. Der Salonschnelldampfer „Grille" fährt auch Mittwochs und Sonnabends von Travemünde nach Neustadt, Montags fährt der Dampfer von Lübeck aus nach Warnemünde (über Arendsee, Brunshaupten, Heiligendamm) und Donnerstags dieselbe Strecke von Travemünde aus. — Die Ostseebäder waren am Sonntag ziemlich belebt, denn auch die Lübecker Dampfer „Möwe" und „Fehmarn" hatten eine ansehnliche Zahl Sonntagsgäste befördert.

Zum Streik der Lastadiearbeiter

wird uns mitgeteilt: In der letzten Verhandlung, in der die jetzt bestehenden Lohnsätze bis zum 1. Juli verlängert wurden, wurde anerkannt, daß der augenblickliche Lohn den Verhältnissen nicht mehr entspreche und es sollte später ein Ausgleich geschaffen werden. Da nun seitens der Arbeitgeber in dieser Sache nichts unternommen wurde, so sahen sich die Arbeiter gezwungen, den Tarif am 11. Juni zu kündigen. Es wurde beschlossen, den Arbeitgebern zu unterbreiten, den Lohn von 5,40 Mk. inklusive der Teuerungszulage auf 6,40 Mk. zu erhöhen, wobei die bisherige Teuerungszulage als fester Lohnsatz gelten soll. Begründet wurde die Forderung unter Hinweis auf die Steigerung bei Kartoffeln, Gemüse, Brot und Milch, weiter die Preise für Gas und die recht erhebliche Steigerung der Mieten. Auch müßte in manchen Familien endlich einmal an Neuanschaffungen gedacht werden. Am 17. Juni ging uns dann ein Schreiben zu, worin erklärt wird, der Holzhandel ginge noch immer so schlecht wie Anfang April, es hätte sich in dem einschlägigen Verhältnis nichts geändert. Es könnten keine Veränderungen vorgenommen werden. Dieses Schreiben glaubte man mit einem Beschluß des Schlichtungsausschusses über die Entlassung von 10 Arbeitern bei der Firma Bülzmann zu bekräftigen. Dort sei zugunsten der Arbeitgeber entschieden worden. Es wird aber vergessen zu sagen, daß einzelne Firmen schon bis zu 20 Mann eingestellt haben, und daß die wenigen Leute, welche sie beschäftigen, auf das Aeußerste in letzter Zeit ausgenützt werden. Wie die meisten Arbeiter über die Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses denken, darüber wollen wir an dieser Stelle kein Wort verlieren. Auf die Antwort der Arbeitgeber wurde in einer am 28. Juni abgehaltenen Versammlung, die das Verhalten der Arbeitgeber scharf rügte, ihnen folgendes erwidert: „Die am Dienstag, dem 28. Juni tagende Versammlung der Lastadiearbeiter nahm Kenntnis von dem Schreiben der Arbeitgeber vom 17. d. M. Ganz lebhaft wurde das ablehnende, im Schreiben zum Ausdruck gebrachte Verhalten der Arbeitgeber bedauert. Es wurde nochmals um eine Verhandlung nachgesucht. Auch wurde auf die Konsequenzen, welche hieraus

---

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

5. Fortsetzung.

Die beiden Alten schüttelten sich die Hand, die übrigen lachten und Bürgi sagte: „Wer würde nun glauben, daß ihr zwei, die in der Vaterlandssache erst so weise Worte geredet und uns die Köpfe gewaschen habt, nun im Umsehen so törichtes Zeug beginnen würdet! Gott sei Dank! So habe ich also doch noch Aussicht, meie zweischläfige Bettstelle an den Mann zu bringen, und ich schlage vor, daß wir sie dem jungen Pärchen zum Hochzeitsgeschenk machen!"

„Angenommen!" riefen die anderen vier, und Pfister der Wirt, fügte hinzu: „Und ich verlange, daß mein Faß Schweizerblut an der Hochzeit getrunken werde, der wir alle beiwohnen!"

„Und ich werde es bezahlen, wenn sie stattfindet", schrie Frymann zornig, „aber wenn nichts daraus wird, wie ich sicher weiß, so bezahlt ihr das Faß, und wir trinken es in unseren Sitzungen, bis wir fertig sind!" — „Die Wette ist gewonnen!" hieß es; doch Frymann und Hediger schlugen mit den Fäusten auf den Tisch und wiederholten in einem fort: „Nichts von Schwäherschaft! Wir wollen keine Gegenschwäher sein, sondern unabhängige gute Freunde!"

Mit diesem Ausruf war die inhaltreiche Sitzung endlich geschlossen, und die Freiheitliebenden wandelten fest und aufrecht nach Hause.

Beim nächsten Mittagessen eröffnete Hediger, als die Gesellen fort waren, seinem Sohne und seiner Frau den feierlichen Beschluß von gestern, daß zwischen Karl und des Zimmermanns Tochter fortan kein Verhältnis mehr geduldet würde. Frau Hediger, die Büchsenschmiedin, wurde durch diesen Gewaltspruch so zum Lachen gereizt, daß ihr das Restchen Wein, welches sie eben austrinken wollte, in die Luftröhre geriet und ein gewaltiges Husten verursachte.

„Was ist da zu lachen?" sprach ärgerlich der Meister; seine Frau erwiderte: „Ach, ich muß nur lachen, daß das Sprichwort: Schuster bleib beim Leist! auch auf eueren Verein anzuwenden ist! Was bleibt ihr nicht bei der Politik, statt euch in Liebeshändel zu mischen?"

„Du lachst wie ein Weib und sprichst wie ein Weib!" versetzte Hediger mit großem Ernst; eben in der Familie beginnt die wahre Politik; freilich sind wir politische Freunde; aber um es zu bleiben, wollen wir nicht die Familien durcheinander werfen und Kommunismus treiben mit dem Reichtum der einen. Ich bin arm und Frymann ist reich und so soll es bleiben; um so mehr gereicht uns die innere Gleichheit zur Freude. Soll ich nun durch eine Heirat meine Hand in sein Haus und in seine Agelegenheit stecken und den Eifer und die Befangenheit wachrufen? Das sei ferne!"

„Ei, ei, ei! das sind doch wunderbare Grundsätze!" antwortete Frau Hediger; „schöne Freundschaft, wenn ein Freund dem Sohne des andern seine Tochter nicht geben mag! Und seit wann heißt es denn Kommunismus, wenn durch Heirat Wohlhabenheit in eine Familie gebracht wird? Ist das eine verwerfliche Politik, wenn ein glücklicher Sohn ein schönes und reiches Mädchen zu gewinnen weiß, daß er dadurch zu Besitz und Ansehen gelangt, seinen betagten Eltern und seinen Brüdern zur Hand sein und ihnen helfen kann, daß sie auch auf einen grünen Zweig kommen? Denn wo einmal das Glück eingekehrt, da greift es leicht um sich, und ohne daß dem einen Abbruch geschieht, können die anderen in seinen Schatten mit Geschick ihre Angel auswerfen. Nicht, daß ich es auf ein Schlaraffenleben absehe! Aber es gibt gar viele Fälle, wo mit Anstand und Recht ein reich gewordener Mann von seinen unbemittelten Verwandten mag zu Rat gezogen werden. Wir Alten werden nichts mehr bedürfen; dagegen könte vielleicht die Zeit kommen, wo dieser oder jener von Karls Brüdern eine gute Unternehmung, eine glückliche Veränderung wagen möchte, wenn ihm jemand die Mittel anvertraute. Auch wird der ein' und andere einen begabten Sohn haben, der sich in die Höhe schwingen würde, wenn das Vermögen da wäre, ihn studieren zu lassen. Der würde vielleicht ein beliebter Arzt werden, der ein angesehener Advokat oder gar ein Richter, der ein Ingenieur oder ein Künstler, und allen diesen würde es dann, einmal soweit gekommen, wiederum ein leichtes sein, sich gut zu verheiraten und so zuletzt eine angesehene, zahlreiche und glückliche Familie zu bilden. Was wäre nur menschlicher, als daß ein begüterter Oheim da wäre, der, ohne sich Schaden zu tun, seinen rührigen, aber armen Verwandten die Welt auftäte? Denn wie oft kommt es nicht vor, daß um eines Glücklichen willen, der in einem Hause ist, auch alle anderen etwas von der Welt erschnappen und klug werden? Und alledem willst du den Zapfen verstecken und das Glück an der Quelle verstopfen?"

Hediger lachte voll Verdruß und rief: „Luftschlösser! Du sprichst wie die Bäuerin mit dem Milchtopf! Ich sehe ein anderes Bild von dem Reichgewordenen unter armen Verwandten! Der läßt sich allerdings nichts abgehen und hat immer tausend Einfälle und Begierden, die ihn zu tausend Ausgaben veranlassen und die er befriedigt. Kommen aber seine Eltern und seine Brüder zu ihm, geschwind setzt er sich wichtig und verdrießlich über sein Zinsbuch, die Feder quer im Munde, seufzt und spricht: „Danket Gott, daß Ihr nicht den Verdruß und die Last einer solchen Vermögensverwaltung habt! Lieber wollt' ich eine Herde Ziegen bewachen, als ein Rudel böswilliger und saumselige Schuldner! Nirgends geht Geld ein, überall suchen sie auszubrechen und durchzuschlüpfen. Tag und Nacht muß man in Sorgen sein, daß man nicht gröblich betrogen wird! Und kriegt man einen Schuft beim Kragen, so hebt er ein solches Gewinsel an, daß man ihn nur schnell wieder muß laufen lassen, wenn man nicht als ein Wucherer und Unmensch will verschrien werden. Alle Amtsblätter, alle Tagfahrten, alle Ausschreibungen, alle Inserate muß man lesen und wieder lesen, um nicht eine Eingabe zu versäumen und einen Termin zu übersehen. Und nie ist Geld in der Kasse! Zahlt einer ein Darlehen zurück, so stellt er sein Geldsäckchen in allen Schenken auf den Tisch und tut dick mit seiner Abzahlung, und eh' er aus dem Hause ist, stehen drei da, die das Geld haben wollen, einer davon sogar ohne Unterpfand! Und dann die Ansprüche der Gemeinde, der Wohltätigkeitsanstalten, der öffentlichen Unternehmungen, der Subskriptionslisten allerart — man kann nicht ausweichen, die Stellung erfordert es; aber ich sage euch, man weiß oft nicht, wo einem der Kopf steht! Dies Jahr bin ich gar in der Klemme, ich habe meinen Garten verschönern lassen und einen Balkon gebaut, die Frau hat es schon lange gewünscht, nun sind die Rechnungen da! Mir ein Reitpferd zu halten, wie der Arzt schon hundertmal geraten, daran darf ich gar nicht denken, denn immer kommen neue Ausgaben dazwischen. Seht, da hab' ich mir auch eine kleine Kelter bauen lassen von neuester Konstruktion, um den Muskateller zu pressen, den ich an den Spalieren ziehe — hol' mich der Teufel, wenn ich sie dieses Jahr bezahlen kann! Nun, ich habe gottlob noch Kredit!" So spricht er und schüchtert, indem er noch eine grausame Prahlerei damit zu verbinden weiß, seine armen Brüder, seinen alten Vater ein, daß sie ihre Anliegen verschweigen und sich nur wieder fortmachen, nachdem sie seinen Garten und seinen Balkon und seine sinnreiche Kelter bewundert. Und sie gehen zu fremden Leuten, um Hilfe zu suchen, und bezahlen gern höhere Zinsen, um nur nicht so viel Geschwätz hören zu müssen. Seine Kinder sind fein und köstlich gekleidet und gehen elastisch über die Straßen; sie bringen den armen Vetterchen und Bäschen kleine Geschenke und holen sie alljährlich zweimal zum Essen, und es ist dies den reichen Kindern ein großer Jux; aber wenn die Gäste ihre Schüchternheit verlieren und auch laut werden, so füllt man ihre Taschen mit Aepfeln und schickt sie nach Hause. Dort erzählen sie alles, was sie gesehen und was sie zu essen bekommen haben, und alles wird getadelt; denn Groll und Neid erfüllt die armen Schwägerinnen, welche nichtsdestoweniger der wohlhabenden Person schmeicheln und deren Staat rühmen mit beredten Zungen. Endlich kommt ein Unglück über den Vater oder über die Brüder, und der reiche Mann muß nun wohl oder übel, des Gerüchtes wegen, vor dem Riß stehen. Er tut es auch, ohne sich lange bitten zu lassen; aber nun ist das Band brüderlicher Gleichheit und Liebe ganz zerrissen! Die Brüder und ihre Kinder sind nun die Knechte und Untertanenkinder des Herrn; jahraus und -ein werden sie geschulmeistert und zurechtgewiesen, in grobes Tuch müssen sie sich kleiden und schwarzes Brot essen, um einen kleinen Teil des Schadens wieder einzubringen, und die Kinder werden in Waisenhäusern und Armenschulen gesteckt, und wenn sie stark genug sind, müssen sie arbeiten im Hause des Herrn und unten an seinem Tische sitzen, ohne zu sprechen."

(Fortsetzung folgt.)

entstehen könnten, noch besonders aufmerksam gemacht. Hierauf wurde uns mitgeteilt, daß die meisten Herren nach Bremen zur Sitzung des Vereins Deutscher Holzeinfuhrhäuser fahren würden, wo über Preisherabsetzungen beraten werden sollte. Aus diesem Grunde wäre man nicht in der Lage, unserm Wunsche Rechnung zu tragen. Die Unternehmer kannten aber die Schwierigkeiten, in dem Unterhalt für Arbeiterfamilien mit großer Kopfzahl selbst an. Da nun in Bremen, wie uns mitgeteilt wurde, auch die sämtlichen Lastadiearbeiter sich im Streik befinden, soll auch wohl gleich die Lohnherabsetzung mitberaten werden. Man schreibt uns seitens der Arbeitgeber, sie müßten die Unkosten zu vermindern suchen. Vielleicht soll nun bei den Lastadiearbeitern, welche die schlechtentlohntesten Arbeiter Lübecks sind, der Anfang gemacht werden. Hiergegen werden sich die Lastadiearbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Besonders bedauerlich ist das Verhalten der Arbeitgeber der Lohnkommission gegenüber; es wird dieser nur ein Schreiben zugestellt und damit glaubt man die Sache abgetan zu haben. Die Arbeitgeber haben aber in der letzten Verhandlung die Erklärung abgegeben, daß sie in späterer Zeit, auch stets die mündliche Verhandlung von Kommission zu Kommission innehalten wollten. Die Lastadiearbeiter fordern, daß die Arbeitgeber auch jetzt ihr Versprechen halten. Wir ersuchen sämtliche in Frage kommenden Arbeiter, besonders die Kutscher, uns die Solidarität zu bekunden. Daß sich einige Angestellte besonders wieder hervortun, sei nur nebenbei bemerkt.

Die Streikleitung.

Ein Hoch auf die Lübecker Arbeiterschaft.

Wohl an 200 Studenten des Kieler Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft weilten mit dem Begründer des Instituts, Herrn Geheimrat Professor Dr. Harms, Sonnabend in den Mauern unserer Stadt, um verschiedene industrielle Etablissements zu besichtigen. Das Kieler Institut ist einzig in seiner Art und erfreut sich sowohl im In- wie Auslande höchster Wertschätzung. Das Institut gibt auch eine wertvolle Zeitschrift heraus, die in unserer Kieler Parteidruckerei hergestellt wird. Die Studenten, auch einige Studentinnen befanden sich darunter, besichtigten im Laufe des Vormittags das Drägerwerk und nachmittags das Hochofenwerk. Abends gab den Kieler Gästen die Handelskammer im Hause der Schiffergesellschaft einen Bierabend mit kleinem Imbiß. Wo gegessen und getrunken wird, da will es nun einmal die Sitte, daß auch geredet wird. Nicht alle die Trinksprüche wollen wir hier erwähnen. Das geht schon darum nicht, weil ein bißchen viel geredet wurde. Mehr als einmal setzten sich die Beine der Musensöhne in Bewegung, um nach studentischem Brauch Beifall zu trampeln. Aber von einem Trinkspruch verlohnt es sich schon, hier Notiz zu nehmen, weil er ganz ungewöhnlich war und völlig aus dem Rahmen der Trinksprüche herausfiel, die bis jetzt jemals in der Schiffergesellschaft gehalten worden sind. Geheimrat Harms, dessen Lebenswerk das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel ist, erzählte, wie ihm einst das Wort Bebels „Sozialpolitik ist ohne Weltwirtschaft nicht möglich" Fährte und Richtung gewesen und darauf gebracht habe, die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und Weltwirtschaft zu erforschen. Und in seinem weiteren Trinkspruch ließ Geheimrat Harms dann die Lübecker Arbeiterschaft hochleben, weil sie es nach dem einmütigen Urteil aller, die er danach befragte, in geradezu vorbildlicher Weise verstanden habe, ohne sich dabei in ihren Grundsätzen irgend etwas zu vergeben, Schulter an Schulter mit den anderen Parteien die vaterstädtischen Interessen zu hegen und zu fördern. Und aus den Kehlen der angehenden Volkswirte stieg ein Hoch auf die Lübecker Arbeiterschaft, so brausend und jauchzend, wie es das alte Schifferhaus seit seinem Bestehen wohl noch nicht oft gehört hat. Während der Raum im Dämmerlicht der Wachskerzen dalag, so daß die Patina der Jahrhunderte besonders markant zutage trat, huschte auf diese Weise die allerjüngste Zeit hindurch. Vergangenheit und Gegenwart vermählten sich, und kein Mißklang störte das Hochzeitsfest. Lübeck wird den jungen Kieler Volkswirten, die schon in wenigen Jahren berufen sein werden, am Wiederaufbau unseres armen, gequälten Vaterlandes mitzuarbeiten, unvergeßlich bleiben. Im Anschluß hieran wollen wir noch erwähnen, daß in später Stunde auch die Mitglieder des schwedischen Studentenchors aus Lund erschienen, die abends im überfüllten Marmorsaal ein mit starkem Beifall aufgenommenes Vokalkonzert gegeben hatten. Die Musensöhne aus dem uns befreundeten nordischen Reiche waren liebe Gäste, und manche Freundschaftsbande wurden geknüpft.

Schöffengericht.

Ein Schokoladenliebhaber. Der mehrfach vorbestrafte Nieter J. stand am Sonnabend wegen Einbruchsdiebstahls vor dem Schöffengericht. Als J. eines Abends von einem Tanzvergnügen kommend die Holstenstraße passierte, stieg er durch ein geöffnetes Fenster in eine Schokoladengeschäft und stahl 200 Tafeln Schokolade und andere Süßigkeiten. Außerdem fielen ihm auch etwa 10 Mark Geld in die Hände. Die Schokolade hat er zum Teil verzehrt und den Rest verkauft. Urteil: 2 Jahre Zuchthaus. — Ein Kurgast als Schwindler. Der Schauspieler und Kaufmann G., der in Timmendorf als Kurgast weilte, lernte dort den Friseur W. kennen. G. erzählte diesem, daß er in Düsseldorf ein Theater käuflich erwerben wolle, in dem W. die Wirtschaft übernehmen könne. Der leichtgläubige Friseur, der auf den Plan einging, leistete auf die geforderte Kaution von 6000 Mark eine Anzahlung von 3000 Mark. Der spätere Versuch des G., nochmals 1000 Mark zu erlangen, schlug fehl. Von dem Theaterankauf wurde nichts und W. war sein Geld los. Der Angeklagte erhielt wegen Betruges und wegen Betrugsversuchs 5 Monate Gefängnis. Das Gericht sprach die bedingte Begnadigung aus, wenn der Angeklagte sich bis 1926 straffrei führt und innerhalb 3 Jahren die 3000 Mark zurückzahlt. — Wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung erhielt der Kaufmann Th. aus Hamburg 500 Mark Geldstrafe. Er hatte in Schmielau 50 Pfund Mehl zum Preise von 150 Mark gekauft, das ihm in Hamburg auf dem Bahnhof abgenommen wurde. Der Angeklagte hatte sich einige Tage vorher eines gleichen Vergehens schuldig gemacht, war aber mit einer Verwarnung davon gekommen. — Als falscher Kriminalbeamter hat sich der Schlachtermeister K. ausgegeben. Außerdem hat er auf der Dankwartsbrücke einen jungen Mann in grober Weise beleidigt und tätlich angegriffen. Der Angeklagte erhielt wegen tätlicher Beleidigung eine Geldstrafe von 1500 Mk. und wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes 300 Mark Geldstrafe. — Wegen Preisüberschreitung mußte sich der Gärtner Sch. verantworten. Der Angeklagte hatte im Dezember v. J. Rotkohl, den er mit 27 Pfg. pro Pfund eingekauft hatte, für 60 Pfg. wieder verkauft, während der angemessene Preis 40 Pfg. betragen soll. Sch. will durch Fäulnis etwa 40 Prozent Verlust bei der Einmietung erlitten haben, wodurch der Preisaufschlag notwendig geworden sei. Der Sachverständige, Gärtner Vollert, gab die Möglichkeit eines solchen Verlustes zu. Unter Berechnung dieses Verlustes und unter Zuschlag der Unkosten stellt sich der Preis pro Pfund auf 60,4 Pfg., sodaß der Angeklagte noch mit Verlust verkauft hat. Ob dieser schönen Rechnung mußte natürlich die Anklage unter dem Tisch fallen. Sch. erhielt aber, weil er nicht die Großhandelserlaubnis besitzt, eine Geldstrafe von 20 Mark.

*

Die rote Heilsarmee. Die Kommunisten veranstalten in diesen Tagen eine „internationale Kinderwoche", die hier Sonntag nachmittag mit einem Kinderdemonstrationszug durch die Straßen eingeleitet wurde. Obwohl das auch für Lübeck zuständige Hamburger kommunistische Blatt noch tags zuvor alle Register der Reklame gezogen hatte, fanden sich auf dem Geibelplatz, der als Treffpunkt bestimmt war, nur rund 60 kleine Jungen und Mädchen, meist unter 10 Jahren, ein, denen sich dann noch etwa 30 Erwachsene zugesellten. Wie die richtige Heilsarmee mit ihrer Blutfahne herumzuziehen pflegt, so fehlte auch bei den Moskauer Babys die Fahne mit dem Sowjetstern nicht. Einige Kinder trugen auch Schilder mit Inschriften, um die Straßengänger auf den Zweck der Veranstaltung aufmerksam zu machen. Kennzeichnend für die Art der Inschriften war, daß man einem kleinen Knirps eine Tafel in die Hände gedrückt hatte, die die bemerkenswerten Worte trug: „Weg mit dem Religionsunterricht aus der Schule!" Wie man sich auch sonst immer zu der Frage des Religionsunterrichts in der Schule stellen mag, man wird zugeben müssen, daß es ein böser Mißgriff war, unmündige Kinder zu Propagandazwecken in dieser heißumstrittenen Frage zu benutzen. Singend bewegte sich der kleine Zug durch die Straßen. Ernste Leute schüttelten den Kopf über diesen kommunistischen Kleinkinderzug; andere konnten ihren Spott nicht verkneifen, weil der kommunistische Aufzug gar zu sehr an die Heilsarmee erinnerte, die ja in ähnlicher Weise für sich Reklame zu machen pflegt. Nur versteht sie sich besser darauf.

*

Kommunistischer Männerstolz. Zu der aus der Hamburger Volkszeitung übernommenen Notiz über angebliche Uebergriffe der Lübecker Kriminalpolizei werden wir um eine Richtigstellung ersucht. Der Arbeiter Ernst Lentz ersucht uns mitzuteilen, daß er nach keiner Richtung hin von der Kriminalpolizei gesucht wird, da er sich absolut keines Vergehens bewußt ist, und daß deshalb auch die Hineinzerrung seines Namens durch den Berichterstatter der Hamburger Volkszeitung eine Irreführung darstellt. Lentz war eine kurze Zeit von Lübeck abwesend, um sich auswärts Arbeit zu suchen. Aus dieser Arbeitsunterbrechung am Orte glaubten die hiesigen kommunistischen Schreihälse nun, daß Lentz als Sündenbock ihrer Hetze benutzt werden könnte. Diese Absicht ist vorbeigelungen.

Die Schraube zieht an. Der im Verhältnis zu andern Städten niedrige Lübecker Milchpreis hat den Milcherzeugern der Umgegend schon lange nicht gepaßt. Sie haben so lange gebohrt, bis sie mehr aus den Konsumenten herausziehen können. Heute wird eine Preiserhöhung von 40 Pfg. pro Liter für den Monat Juli angekündigt. Notabene, die 25 prozentige Erhöhung gilt vorläufig nur für den laufenden Monat. Wer die bekannte Bescheidenheit der Agrarier und ihrer Verwandten kennt, wer ferner ihre wahren „Milchmädchenrechnungen" genau verfolgt, der weiß, daß die Schraube hier erst angesetzt wird. Das Festerschrauben am Geldbeutel der bedauernswerten Konsumenten geht dann automatisch weiter. Die Herrschaften sind ja jetzt frei von allen Fesseln. Mag der Verbraucher zusehen, woher er die Mehrkosten nimmt. Und bei diesen fortlaufenden Steigerungen gibt es Leute, die von Lohnabbau zu reden wagen.

Beihilfe für die Dauer-Arbeitslosen.

Zuschuß für Kleider und Schuhwerk.

Die unaufhörliche Dauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise hat eine Erscheinung hervorgebracht, die früheren Wirtschaftskrisen, mögen sie noch so einschneidend gewirkt haben, in dem jetzt zu beobachtenden Umfange fremd war: die Dauerarbeitslosigkeit. Der Umfang der Arbeitslosigkeit im allgemeinen trotzt allen Bemühungen der Arbeitsnachweise um eine — nach menschlichen Ermessen — gerechte Verteilung der geringen Zahl von offenen Arbeitsstellen **nach Maßgabe der Dauer der Erwerbslosigkeit** und erzeugt stets von neuem **eine große Zahl von Beschäftigungslosen, deren Elend 26 Wochen und länger anhält.** Der amtliche Begriff der Dauerarbeitslosigkeit versteht nämlich unter langfristig Arbeitslosen solche, die mindestens ein halbes Jahr ohne Beschäftigung sind. Aber jedermann kann ermessen, was schon eine geringere Zeit der Arbeitslosigkeit an Not bedeutet. Um so notwendiger ist es, daß wenigstens der krassen Verelendung der nach amtlichem Begriff langfristig Arbeitslosen mit ihren Familien nach Möglichkeit gesteuert wird.

Den Bemühungen der sozialdemokratischen Parteien ist es gelungen, im Reichstage folgende Entschließung durchzusetzen:

„Für die langfristig Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, ist den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen."

Um diese Entschließung des Reichstages wirksam werden zu lassen, hat der Reichsarbeitsminister am 10. Juni ein **Rundschreiben an die Landesregierungen** erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß die Reichsregierung den Reichsarbeitsminister ermächtigt hat, aus den Reichsmitteln, die im Haushaltsjahr 1920 für die Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt sind, einen Betrag auszusondern, der dazu dienen soll, **langfristig Erwerbslosen eine außerordentliche Beihilfe zu gewähren.** Als durchschnittlichen Betrag der für den einzelnen Dauererwerbslosen aus Mitteln des Reiches, des Landes und der Gemeinde insgesamt auszuwerfen ist, setzt das Rundschreiben die **Summe von 600 Mk.** fest. Der Reichsfinanzminister hat seine Zustimmung erteilt. Nähere Anordnungen über eine etwaige Staffelung nach dem Familienstande und anderen persönlichen oder örtlichen Verschiedenheiten bleiben den Landesregierungen überlassen. Da es sich bei dem Hilfswerk nur um eine einmalige Maßnahme handelt, ist ein **Stichtag für die Berechtigung zum Bezuge** festzusetzen. Dieser Tag **darf nur zwischen dem 1. und 31. Juli 1921 liegen.**

Es ist also Zeit, daß diesen Anordnungen des Reichsarbeitsministers Rechnung getragen wird. Eile tut Not! Wenn die Angelegenheit im Laufe des Juli nicht erledigt wird, dann sind die Dauerarbeitslosen um ihren Zuschuß betrogen. Wir nehmen an, daß die Vorbereitungen bei den Ländern und Gemeinden bereits soweit gediehen sind, daß der erwähnte Stichtag möglichst unmittelbar nach dem 1. Juli festgesetzt werden kann. Je früher geholfen wird, um so besser ist es. Den Ländern und Gemeinden ist hier eine außerordentlich wichtige Aufgabe zugewiesen worden, die mit der nötigen Schnelligkeit und dem erforderlichen Ernst zu erfüllen ihre Pflicht ist.

Weiter hat der Reichstag in seiner gleichen Sitzung beschlossen, daß die langfristig Erwerbslosen bei den Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen sind. Insbesondere soll der Zuschuß, der für die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt wird, bei langfristig Erwerbslosen höher bemessen werde als bei anderen.

Dazu liegt ebenfalls ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vor, das die Durchführung dieses Reichstagsbeschlusses anordnet und nähere Anweisungen dazu gibt. Auch darum haben sich die Gemeinden sofort zu kümmern. Auch hieraus erwächst ihnen eine neue Verpflichtung. Die Gemeinden sind vielfach selbst die Veranlasser von Notstandsarbeiten. Sie haben sowohl bei den eigenen Notstandsarbeiten sowie dort, wo sie als ausführende Behörden die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge an private Unternehmer vergeben, dafür zu sorgen, daß bei allen Notstandsarbeiten in erster Linie Dauerarbeitslose beschäftigt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der langfristig Erwerbslose vorübergehend eine weniger gute Arbeitskraft sein sollte, als andere Arbeitslose, und als er es selbst einmal war, bevor das ewige Elend **seine Kräfte zermürbt und seinen Willen gebrochen** hatte. Besonders mit Rücksicht auf diesen Zustand wird der größere Zuschuß aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt.

Auch hier ist **schnelle Hilfe notwendig.** Gewiß reichen diese kleinen Mittel nicht aus, um das Elend der Erwerbslosigkeit völlig einzudämmen, und sie dürfen daher auch **nicht als eine Erfüllung der gesamten Forderungen der Arbeiterklasse** für die Arbeitslosen betrachtet werden. Dennoch ist es notwendig, daß auch diese kleine Hilfe in Anwendung kommt, und daß die bescheidenen Mittel, die das Reich hier zur Verfügung stellt, ausgenutzt werden.

Umlegung der öffentlichen Abgaben auf die Mieter.

Ueber die Verteilung der nach einem früheren Beschluß der Volksversammlung des Einigungsamtes zulässigen Abgabenzuschläge herrschen Zweifel. Die Verteilung ist nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen: Es ist festzustellen, welche Beträge für das zweite Vierteljahr 1920 (vom 1. 4. — 30. 6.) an Wassergeld, Klosettabgabe, Brandkassenbeitrag und Schornsteinfegergeld zu entrichten waren. Die Erhöhung, die diese Abgaben in der Zwischenzeit erfahren haben, dürfen für die Zeit nach dem 1. Januar 1921 verhältnismäßig auf die sämtlichen Wohnungen oder Geschäftsräume des betreffenden Grundstückes verteilt und außer der Miete von den Mietern erhoben werden. Hierunter fallen auch die Brandkassenbeiträge, die infolge einer angemessenen Erhöhung der Versicherungssumme mehr zu entrichten sind. Dem sich so ergebenden Mehrbetrage ist hinzuzurechnen die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer mit 5 v. Tausend des gemeinen Grundstückswertes. Zweifel können in den Fällen entstehen, wo infolge eines Eigentumwechsels der gemeine Wert seit dem 1. Juli 1920 erhöht worden ist. Hier darf nicht schlechthin die eingetretene Steuererhöhung, sondern nur der Zuschlag von 5 v. Tausend, der als solcher auf dem Steuerzettel besonders kenntlich gemacht ist, umgelegt werden. Den besten Verteilungsschlüssel wird die Miete bew. der Mietwert der vom Eigentümer selbst benutzten Räume bilden. Folgendes Beispiel möge zur Erläuterung dienen:

	1. 4. - 30. 6. 1920	1. 1. - 31. 3. 1921	1. 4. - 30. 6. 1921
Wassergeld	80,— M.	100,— M.	120,— M.
Klosettabgabe	30,— „	40,— „	60,— „
Schornsteinfegergeld	20,— „	30,— „	40,— „
Brandkassenbeitrag	40,— „	50,— „	60,— „
Grund- und Gebäudesteuer (gem. Wert 40 000 M.)	52,50 „	52,50 „	102,50 „
	222,50 M.	272,50 M.	382,50 M.

Die Mehrausgaben für das erste Vierteljahr 1921 von 50 M. und für das zweite Vierteljahr 1921 von 160 M., zusammen 210 M. dürfen demnach verhältnismäßig verteilt und eingezogen werden. — Ist der gemeine Grundstückswert infolge Verkaufes in der Zwischenzeit von 40 000 M. auf 80 000 M. erhöht worden, so würde sich das Beispiel, wie folgt, stellen:

	1. 4. - 30. 6. 1920 (gem. W. 40 000 M.)	1. 1. - 31. 3. 1921 nach Verkauf (gem. W. 80 000 M.)	1. 4. - 30. 6. 1921 mit Zuschlag
Grundsteuer	52,50 M.	105,— M.	205,— M.

Dann ist die Erhöhung auf 105 M. nicht umzulegen, wohl aber der Zuschlag von 100 M. für das zweite Vierteljahr 1921.

*

Ein Propaganda-Schwimmen veranstaltete am Sonntag nachmittag der „Freie Wassersport" im Elbe-Trave-Kanal. Das Schwimmen begann bei der Hüxtertor-Brücke und endete bei der Wipperbrücke. Tausende beobachteten von den Brücken und schönen Kanalpromenaden das interessante Schauspiel, welches die in Gruppen schwimmenden, nach oberflächlicher Schätzung etwa dreißig Teilnehmer, darunter mehrere Damen bildeten, boten, die, geführt von einer Dame und begleitet von mehreren Booten, in mehr als halbstündiger Dauer dem Ziele zustrebten. Einige wenige schieden während des Schwimmens aus und zogen den ferneren Aufenthalt im Boote dem in den trüben Fluten des Kanals vor, in dem manch unappetitliche Zutaten zu bemerken waren. Im Ganzen verlief die Veranstaltung sehr gut; sie dürfte dem Arbeiter-Schwimmsport zahlreiche neue Freunde erworben haben.

Preisermäßigung für Petroleum. Die Petroleumgesellschaften haben den Preis für Petroleum auf 4 Mark für das Liter herabgesetzt. (Dieser Preis gilt als Einkaufspreis für die Händler. Nach diesem Preisverhältnis kann also jeder Verbraucher den Aufschlag der Händler leicht kontrollieren.

Die deutschen Ferienkinder in Finnland. Nach einem Telegramm aus Wiborg ist Dampfer „Bürgermeister Eschenburg", der 60, zumeist aus Lübeck stammende Ferienkinder an Bord hatte, Sonnabend früh 2 Uhr dort angekommen. An Bord war alles wohl.

pb. **Festgenommen** wurde ein Gärtner aus Loschwitz, der einem hier in der Weberstraße wohnhaften Arbeiter 2400 Mark mittels Einbruches gestohlen hatte. Beide waren Nachbarn gewesen. Der Festgenommene hatte die Abwesenheit des Bestohlenen dazu benutzt, dessen Koffer zu erbrechen und aus demselben obigen Betrag zu stehlen. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Hamburg, der bei einem in der Engelsgrube wohnhaften Arbeiter auf Besuch weilte. Er hatte die ihm gebotene Gastfreundschaft mit Undank gelohnt, denn er stahl seinem Gastgeber Mk. 200.— und verschwand damit. — Wegen umfangreicher Kornbiebstähle wurde ein Arbeiter aus Schwerin festgenommen. Er war als Arbeiter bei einem in Ivendorf wohnhaften Landwirt beschäftigt gewesen. Aus dessen Scheune hatte er mehrere Säcke Getreide gestohlen und diese verkauft. — Bodendiebe suchten am 1. ds. Mts. ein Haus in der Wisbystraße heim, wo ein Herrenanzug, ein Paar fast neue Herrenstiefel und sechs Selbstbinder gestohlen wurden.

*

k. **Schlutup.** Eine Protestversammlung gegen die hohen Milchpreise fand am vorigen Donnerstag im „Gasthof zur Post" statt. Bereits am Dienstag abend hatte eine Besprechung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre stattgefunden, zu der auch die Milchhändler Sterly und Mahnke erschienen waren. Dort wurde einwandfrei festgestellt, daß Sterly allein der schuldige Teil ist, welcher hier solche Wucherpreise heraufbeschworen hat. Auf den Antrag, die Milch für den Lübecker Preis zu liefern, gaben die Milchhändler keine bindende Erklärung ab. Darauf wurde die öffentliche Versammlung ein-

berufen, in welcher Genosse Gogowsky einen kurzen Ueberblick über die Bewirtschaftung der Milch gab. Er erklärte an Hand von Statistiken, daß genügend Milch vorhanden ist, aber nach Aufhebung der Zwangswirtschaft der Preis plötzlich in die Höhe geschnellt ist. Hierauf setzte eine lebhafte Debatte ein. Zuerst suchte ein Kommunist die Gelegenheit wahrzunehmen, um für seine Partei Stimmung zu machen, da aber der Redner nicht sachlich blieb, wurde ihm auf Verlangen der Versammlung das Wort entzogen. Scharf verurteilt wurde das Verhalten des Milchhändlers Sterly während der Kriegs- und Nachkriegszeit. Er ließ die Arbeiterfrauen oft stundenlang warten, und dann bekam die Hälfte nur die ihnen zustehende Milch, während gute Freunde des Sterly die Milch hintenherum bekamen. Auch jetzt nach Aufhebung der Zwangswirtschaft hat er sich nicht gescheut, einem Konkurrenten die Milch zu überbieten und hier einen Wucherpreis von 2,50 Mk. zu fordern. Nachdem noch mehrere Genossen für die Sache gesprochen, wurde vom Vorsitzenden folgende Resolution verlesen: „Die heutige Versammlung erklärt sich geschlossen bereit, den Preis von 1,80 Mk. für den Liter zu bezahlen, und verpflichtet sich, den Milchkonsum einzuschränken, bis die in Frage kommenden Händler sich erklärt haben, den Lübecker Preis zu fordern." Die Resolution wurde von der Versammlung mit großer Majorität angenommen. Leider war auch hier ersichtlich, daß sich die Arbeiterschaft hierin nicht ganz einig war, sonst hätte die Resolution einstimmig angenommen werden müssen.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Das gestrige 1. Sportfest des Arbeiter-Sport-Kartells der Provinz Lübeck fand unter größter Beteiligung der Bevölkerung von Schwartau-Rensefeld und der Sportvereine der Provinz statt. Zu festgesetzter Stunde stellte sich der Festzug auf; mehr als 1000 Personen bewegten sich unter Trommel- und Pfeifenschlag nach dem Sportplatz im Riesebusch. Nach einem kräftigen Freiheitslied des Chorvereins Schwartau hielt Genosse Dr. Leber-Lübeck die Festansprache über die Aufgaben der Sportbewegung in der gesamten Freiheitsbewegung. Den Schluß bildete wieder ein kurzes Lied, worauf sich die Teilnehmer verteilten, um an den verschiedenen sportlichen Darbietungen oder Wettkämpfen sich zu beteiligen; oder auch im Schatten des Riesebusches bei einem Glase Bier sich an den Leistungen der Arbeiterjugend, die jeden Vergleich mit den bürgerlichen Vereinen getrost aufnehmen kann, zu erfreuen. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Fußballwettspiel zwischen Schwartau und Eutin. Obwohl Eutin Ausgezeichnetes leistete, war es dem überlegenen Zusammenspiel Schwartaus doch nicht gewachsen, und mußte mit einer Niederlage von 5:0 das Feld räumen. Das verdiente Ehrentor hätte man den Gästen zwar gegönnt. (Die Resultate der übrigen Wettspiele werden noch besonders aufgeführt werden). Im Ganzen war dieses erste Sportfest der Provinz Lübeck ein Erfolg. Schwartau wird noch lange daran denken, und die arbeitende Bevölkerung kann überzeugt sein, daß die Sportbewegung ihrer Jugend in guten Händen liegt.

Kiel. 7½ Tausend Wohnungssuchende. Trotzdem die Stadt Kiel Millionen für Siedlungszwecke und für die Errichtung von Notwohnungen bereitgestellt hat, ist von einer Linderung der Wohnungsnot nicht das geringste zu spüren. Im Gegenteil: die Wohnungsnot wird täglich größer, und die Zahl der Wohnungsuchenden wächst langsam aber sicher. Am 1. Januar dieses Jahres gab es in Kiel 6875 Wohnungsuchende und am 1. Juni lagen bereits 7493, also rund 7½ Tausend Anträge auf Zuweisung einer Wohnung vor. Von den Wohnungsuchenden wohnen 2256 mit mehreren Familien in einer Wohnung; 2265 wohnen möbliert; 1836 junge Eheleute warten auf die Zuweisung einer Wohnung zur Errichtung eines eigenen Haushalts; 644 Wohnungen sind zu klein, in weiteren 178 Fällen ist ihre Gesundheitsschädlichkeit durch baupolizeiliche oder ärztliche Gutachten festgestellt.

Geestemünde. Kapitalistische Praktiken. Im „Hannoverschen Courier", der sicher nicht im Geruch kapitalistenfeindlicher Tendenzen steht, war dieser Tage folgende aus Geestemünde stammende Notiz zu lesen:

„Einige hiesige Fischdampfer haben einen englischen Hafen angelaufen, um da ihren Fang zu verwerten. Sie wurden von der Bevölkerung ohne Belästigung, von den Hafenbeamten mit offenbarem Uebelwollen empfangen. Da sie jedoch für Ausfuhrzoll, Lösch-, Auktions- und Hafengebühren etwa 40 Prozent des Erlöses abgeben müssen, war das Geschäft unrentabel geworden, deshalb sind die Dampfer wieder ausgelaufen und haben ihren Fang hier an den Markt gebracht. Andere Dampfer liefen von der Nordsee direkt nach Holland, wo sie gute Preise, namentlich für Plattfische, erzielten. Die Nachfrage nach Fischen ist wieder etwas reger geworden, deshalb sind die Preise gestiegen."

Also: Um höhere Preise für die gefangenen Fische zu erhalten, werden die mit deutschen Kohlen belieferten Fischdampfer nach England dirigiert und erst, nachdem die Fischdampferbesitzer bezw. ihre Kapitäne sehen, daß es ein unrentables Geschäft sein würde, wenn die gefangenen Fische in England verkauft würden, ist man so gnädig und bringt die Fänge nach Deutschland. Das ist kapitalistische Moral! „Die" Vaterlandsliebe der „Retter" der schwarz-weiß-roten Flagge erscheint hier in einem eigenartigen Lichte.

Aus aller Welt.

Dempsey, Sieger im Vormatch um die Welt.

Newyork, 3. Juli. In dem gestern in New-Jersey ausgetragenen Boxkampf um die Weltmeisterschaft zwischen dem Amerikaner Dempsey (Titelinhaber) und dem Franzosen Carpentier (Herausforderer) siegte Dempsey über Carpentier in der vierten Runde durch knock out-Schlag.

Ausgabe von Gerstenmehl.

Vom 4. bis 10. Juli 1921 werden auf Abschnitt 4 der Warenkarte

250 Gr. Gerstenmehl, soweit vorhanden,

zum Preise von 4,80 Mk. für das Pfund ausgegeben.

Lübeck, den 4. Juli 1921. (3869

Das Landesversorgungsamt.

Zuckerausgabe.

Für Monat Juli können auf die beiden Zuckerabschnitte der jetzt gültigen Lebensmittelkarten je 37½ gr Zucker verabfolgt und entnommen werden.

Lübeck, den 2. Juli 1921. (3685

Das Landesversorgungsamt.

Oeffentliche Verdingung. 3675

Die Ausführung von **Tischlerarbeiten** für den **Neubau von 18 Kleinwohnungen bei der Haushaltungsschule an der Ziegelstraße** soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem

am Sonnabend, dem 9. Juli 1921, mittags 12 Uhr,

im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlage an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Lübeck, den 2. Juli 1921.

Das Bauamt,
Abt. Hochbau.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltg. Lübeck.

Nachruf.

Am Donnerstag, d. 30. Juni starb unser treuer Kollege, der Kutscher (3696

Johann Riepenau.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Die Ortsverwaltung.

3676 **Danksagung.**
Für bewiesene herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, insbesondere den Herren Chefs, den Angestellten und Mitarbeitern der Firma Carl Moll, allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Arndt für seine trostreichen Worte sage ich allen meinen herzlichsten Dank.
Helene Schröder geb. Keitel.

Lina Unruh
Albert Langmaack
3695) Verlobte.
Moisling. 3. 7. Lübeck.
Für erwies. Aufmerksamkeiten u. Geschenke herzlichen Dank. D. O.

Eine größere Sitzbadewanne zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **H M7** a. d. Exp. (3682

Zu verkauf e. **jg. Hund**, vollst. stubenrein. (3672
Loignystr. 8, II., Hth.

Grüne Plüschgarn., Vert. m. Spieg. (Nußb.) bill. z. v. 3691) Dornestraße 17 a.

Gut. H.-Rad m. Frl., 480.— Wakenitzmauer 42.
3686) Fahrradhandlung.

Schweinefutter, Hühnerfutter, gemischt.
3692) Schwart. Allee 97.

2 gute H.-Fahrräder billig. **Werner,** Fahrradhandlung,
3693) Gr. Burgstr. 11 I., r.

H.-Fahrr. m. Freil. b. z. vk.
3690) Dornestr. 17 a.

10 Maurer
stellt ein (3673
Baugeschäft Dinter,
Kanalstraße 68.

Maurergesellen
stellen ein
H. Wandke & Sohn
Geibelplatz 21. (3678

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (3669
Cohn,
Fackenburg. Allee 53, Keller.

Leute zum Erbsen-Pflücken
gesucht.
Gut Poggenpohl
3700) bei Lübeck.

Konzerthaus „Lübeck"
Durch Veränderung sind am **Sonntag, dem 31. Juli 1921,**
Garten und Säle frei 3677
zur Abhaltung eines **Sommerfestes.**
Henry Cyriacks.
— Telephon 408. —

An unsere Kundschaft!

Es war unser Bestreben, im Interesse der Bevölkerung die Milchpreise und Butterpreise so niedrig wie möglich zu halten und wird allgemein anerkannt werden müssen, daß Lübeck die einzige Großstadt in Deutschland war, welche mit Eintritt der freien Wirtschaft den alten Milchpreis beibehielt.

Wir verkauften Butter und Milch viel billiger wie jede andere Großstadt und die meisten Kleinstädte.

Daß viele Händler in Lübeck im Monat Juni schon höhere Preise für die Vollmilch nahmen, als die Hansa-Meierei, dürfte allgemein bekannt sein.

Die Preise in anderen Großstädten sind wie folgt:

Berlin 350—400 Pfg., Leipzig, Dresden 320—350 Pfg., Magdeburg, Halle 320—340 Pfg., Hamburg 240 bis 280 Pfg., Kiel 250 Pfg.

Wir nahmen 180 Pfg., selbst weniger wie die Kleinstädte unserer Umgebung.

Wir können dauernd den niedrigen Preis nicht nehmen, wenn wir unsere Milch der Stadt Lübeck erhalten wollen, denn würden wir den Erzeugern der Milch nicht die im Reich üblichen Preise zahlen, wie solche durch die Butterauktionen im freien Handel durch Angebot und Nachfrage festgelegt werden, würde die jetzt in Lübeck gehandelte Milch in die Buttermeiereien oder auch in höhere Preise zahlende Städte wandern, ein Vorgang, der verständlich ist. Es wäre deshalb ein taktischer Fehler, der zu schweren Schädigungen der Lübecker Milchversorgung im Winter führen müßte, wenn wir allein auch weiterhin die Preise niedriger halten wollten, als die Preise in Deutschland tatsächlich sind. Wir würden dann einen niedrigen Milchpreis haben, aber keine Milch.

Die Milchpreise in der Stadt müssen sich auf die Butterpreise stützen, wie solche in freier Auktion durch Angebot und Nachfrage in der Butterauktion der Landwirtschaftskammer von Schleswig-Holstein, Auktion Hamburg, erzielt werden.

Wie in Friedenszeiten und wie auch jetzt wieder in anderen Städten eingeführt, ist der 10. Teil der in dieser Auktion erzielten Butterpreise der Milchpreis, welchen die Landwirtschaft, soweit sie die Milch zur Stadt liefert zu beanspruchen hat.

Auf diesen Milchpreis sind natürlich die Be- und Vertriebskosten der Milch zu schlagen.

Der Durchschnittspreis der Auktion für den Monat Juni betrug, soweit er für die Milchberechnung in Frage kommt, Mk. 19,91. Der 10. Teil würde für 1 Liter Milch für den Erzeuger Mk. 1,99 betragen. Hierzu käme für die Sommerzeit für Be- und Vertriebskosten 40 Pfg. Es sind dies die Be- und Vertriebskosten, welche schon während der Zwangswirtschaft von den Behörden dem Milchhandel in Lübeck zugestanden wurden und welche vorerst noch maßgebend sein sollen.

Es würde sich demnach ein Milchpreis ergeben von 199 + 40 = 239 Pfg., abgerundet auf 240 Pfg.

In der Annahme, daß der Butterpreis zunächst etwas sinken könnte, wollen wir jedoch den Preis vom 3. Juli ab für den Monat Juli 20 Pfg. niedriger, also auf 2,20 Mk. festsetzen. Es ist dies ein Preis, der ja heute schon von mehreren Händlern genommen wird, und der weit unter dem Preise aller Großstädte, aller Mittelstädte und fast aller Kleinstädte steht.

Der Preis für Mager- und Buttermilch beträgt für das Liter Mk. 1,—.

Den Butterpreis haben wir für das Pfund von Mk. 22,50 auf Mk. 21,— herabgesetzt. (3674

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Kolosseum.
Jeden Dienstag und Freitag
Garten-Konzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung von Frl. **Trude Steinhagen** (Sopran), Herrn **Moritz Hartmann** (Bariton).
Walzer- und Operetten-Abend.
Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Dutzendkarten Mk. 20.— ausschl. Steuer.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Anfang 7½ Uhr. (3670

Zentralhallen
Morgen Dienstag: (3689
Gr. Tanzkränzchen.

Stadttheater in Lübeck.

Konzert-Veranstaltungen.

Direktion: Paul von Bongardt.

Sinfonie- u. volkstüml. Konzerte
des Lübecker Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters
Leiter: Kapellmeister Karl Mannstaedt.
Spielzeit 1921/22.

Einladung zum Massen-Abonnement auf:

8 Sinfonie-Konzerte an Montagen
oder 8 Hauptproben zu den Sinfonie-Konzerten an Sonntag-Vormittagen
„ 20 volkstümliche Konzerte im Stadttheater Montags
„ 10 „ „ im Kolosseum „
„ 10 „ „ im „ Donnerstags.

Anmeldungen ab 2. Juli schriftlich oder persönlich an die Theaterkanzlei, Eingang Fischergrube, täglich von 9—12½ und 4—6 Uhr, unter Beilegung oder Vorlegung der vorjährigen Abonnementskarte. Den bisherigen Abonnenten bleiben ihre Plätze bis einschließlich 9. Juli reserviert. Preise und nähere Angaben durch Prospekte in allen Buchhandlungen und Theaterkanzlei erhältlich, auch siehe Anschlagsäulen. (3680) **Die Direktion.**

Geschäfts-Übernahme.
Der geehrten Einwohnerschaft von Lübeck zur Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage die
Kolonial-, Fettwaren- und Kartoffel-Handlung
von
Frau E. Schneider, Hansastr. 31
käuflich übernommen habe und bitte gütigst, mein Unternehmen unterstützen zu wollen. (3698
Hochachtungsvoll
Paul Döring, Hansastraße 31.

Konzerthaus Lübeck.
Für Sommerfeste sind der große Garten u. Säle noch an einigen Sonn- u. Wochentage frei. Tel. 408.
3681) **H. Cyriacks.**

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck. (3683
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 5. Juli, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht vom 12. Verbandstag in Hamburg.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Markthalle!
Neue Sendung **Dän. Schweinsköpfe**
Pfund Mk. 6.—. (3684
Verkaufstage: **Dienstag und Mittwoch.**

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
Preis für das Heft M. 1.50
Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen

Stadttheater Lübeck.
Abonnements-Ausgabe.

Für Dienst.-Ab.	Dienstag 5. 7.
„ Mittw.- „	Mittwoch 6. 7.
„ Donn.- „	Donnerst. 7. 7.
„ Freitag- „	Freitag 8. 7.
„ Sonnab.- „	Sonnab. 9. 7.

von 9—2 Uhr an der Theaterkasse Beckergrube. (3679
Die Direktion.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Stadttheater Lübeck.
Abonnement 1921/22.
Abonnements werden noch bis auf weiteres in der Theaterkanzlei entgegengenommen.
3671) **Die Direktion.**

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit
2,50 Mk.
Kunst der freien Rede von Fritz Müller
2,00 Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Deutscher Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
der
Kaufmanns- und Weinarbeiter
am Dienstag, den 5. Juli, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.
Innere Verbandsangelegenheiten.
3697) **Die Ortsverwaltung.**

Hansa-Theater
8 Uhr. (3694) 8 Uhr.
Heute Montag:
Die Scheidungsreise.
8 Uhr. Dienstag: 8 Uhr.
Mascottchen.

KARSTADT

SAISON-

AUSVERKAUF

Blusen aus gestreiftem Zephier, Kimonoform	9,50
Kleider aus gemusterten Baumwollstoffen, Rock und Bluse	49,50
Kostüme aus grauen Stoffen auf reinseidenem Futter	150,00
Mäntel aus reinwollenen Stoffen	125,00
Unterröcke aus dunkelblauen Baumwollstoff oder gestreiften Waschstoff	28,50
Kinderkleider für Mädchen von 3 bis 6 Jahren	28,00
Strickjacken, feinste reinwollene Kammgarnqualität in entzückenden Farbstellungen	168,00
Hutformen echt Tagal, schwarz u. farbig	24,00
Kleider-Gürtel in vielen Farben	2,50
Damenhemden	18,50
Damenbeinkleider	18,50
Korsetts aus Nessel	19,75
Hemdentuch in Linon-Ausrüstung 7,50	6,50
Rohnessel, unappretierte Ware 8,20 7,20	5,95
Zephir 80 cm breit waschecht	10,50
Waschkrepp, aparte Streifen u. Punkte sowie allerneueste Dirndlmuster 12,80	11,80
Reinwollener Kleiderstoff in verschiedenen Farben	24,50
Kostüm und Mantelstoffe gemustert	39,00
Reinwollener Gabardin 130 cm breit	79,00
Schotten, Blusenseide, blau, grün, kariert	19,50
Crepe de Chine 98/100 cm	59,00
Eolienne Wolle mit Seide	65,00
Seidenband ca. 2½ cm breit 1,75 ca. 5 cm breit 2,75 ca. 6 cm breit	3,75

Werden die Preise im Herbststeigen oder fallen? Niemand kann heute diese Frage beantworten, weil unsere Wirtschaft unvoraussehbaren Einflüssen unterworfen ist.

Wir müssen für beide Möglichkeiten gerüstet sein und müssen deshalb unsere gewaltigen Warenmassen verkaufen, das ist bei normalen Preisen undenkbar.

Darum

herunter mit den Preisen bis zu der Grenze, die auch dem Schwachen den Kauf gestattet. Das bedeutet so gewaltige Preisherabsetzungen und einen damit verbundenen, so gewaltigen Andrang, dass Sie sich

2 Punkte

merken müssen.

1. Kaufen Sie nicht zwischen 5 und 6 Uhr, denn der Betrieb ist erfahrungsgemäss an grossen Verkaufstagen nicht zu bewältigen.

2. Kaufen Sie auf Sammelbuch (bei allen Verkäuferinnen und Kassiererinnen erhältlich) **dann ersparen Sie sich langes Warten an allen Kassen.**

Herren-Anzüge grau gestreifter Homespun, Umschlaghosen hochstehendes Faxon, hohle Kante	395,00
Kammgarn-Hosen gestreift in vielen Ausmusterungen	75,00
Weiche Herren-Hüte in Woll und Haarfilz	35,00
Oberhemden farbig aus gutem Perkal 79,00 69,00	62,00
Selbstbinder, gr. Form in schönen Farben 32,00, 23,75, 19,75, 13,75, 9,75, 6,95	4,95
Herren-Halbschuhe, braun, Cherveaux, Rahmenarbeit	195,00
Damen-Schnürschuhe, Boxcalf, Cherveaux und Lack Rahmenarbeit	122,00
Damen-Besuchstaschen, 28 cm lang mit Spiegel und Portemonais	45,50
Damen-Handtaschen gutes Leder, krokodilartig mit breitem Boden, aussergewöhnlich billig	86,00
Knaben-Strohhüte in Bastgeflecht	17,50
Knaben-Seppelhüte weiss u. farb.	7,50
Kissenstreifen gez., 30/30 L.K., gute Qualität	2,75
Kissenecken gez., 30/30 L.K., gute Qual.	3,75
Maschinengarn 200 mtr., weiss und schwarz, auf Kreuzwickel	1,75
Maschinengarn 200 mtr., weiss und schwarz, auf Holzrollen	1,95
Zwirn weiss und schwarz	0,45
Poesie und Tagebücher hübsche Ausführung 3,50, 2,50, 1,75	0,95
Briefkasette „Seemöwe" gutes Ueberseepapier 50/50	7,50
Noten klassische und moderne Musik	0,20
Halbstores 130/220	45,00
Tischdecken, Prima Kochelleinen, 4 Seiten Franze, 150/180	225,00

AUSVERKAUF

SAISON-

KARSTADT